



Landtag
Burgenland

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der

14. Sitzung

der

XXIII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 16.02.2026

09:02 Uhr – 14:00 Uhr

Verhandlungen

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Bernd Strobl, DI Carina Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Asbestfunde im Burgenland: Dringender Handlungsbedarf zum Schutz der Bevölkerung“ (Zahl 2100-0394) (Beilage 0564)

Begründung: Bernd Strobl (S. 1972)

Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 1976 und S. 1998), Markus Wiesler (S. 1979 und S. 2003), Robert Hergovich (S. 1985), Mag.a Margit Paul-Kientzl (S. 1988), Markus Ulram (S. 1990), Christian Ries (S. 1993), Gerhard Hutter (S. 1994), Hans Unger (S. 1996), Landesrat Mag. Heinrich Dörner (S. 1999), Landeshauptmann-Stellvertreterin Anja Haider-Wallner (S. 2000)

Annahme des EntschlieÙungsantrages (S. 2004)

Landesregierung

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 1972)

Beginn der Sitzung: 09 Uhr 01 Minuten

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 14. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 13. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt. Sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben die Landtagsabgeordneten Michaela Brandlhofer, Sandro Waldmann und Ing. Norbert Hofer, MBA ganztägig entschuldigt.

Hohes Haus! Ich darf darauf hinweisen, dass ein Dringlichkeitsantrag für die heutige Sitzung eingelangt ist.

Es handelt sich hierbei um den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Bernd Strobl, DI Carina Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Asbestfunde im Burgenland: Dringender Handlungsbedarf zum Schutz der Bevölkerung“ (Zahl 2100-0394) (Beilage 0564), der gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, spätestens jedoch um 15.00 Uhr behandelt werden wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Einladung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Ich würde jetzt, es ist 09.02 Uhr, in die Tagesordnung übergehen. Tagesordnung liegt keine vor.

Nachdem, wie bereits erwähnt, die Behandlung des Dringlichkeitsantrages frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung erfolgen kann, unterbreche ich daher die Sitzung bis 12.15 Uhr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit kommen wir zur Unterbrechung.

(Die Sitzung wird um 09 Uhr 02 Minuten unterbrochen und um 12 Uhr 15 Minuten fortgesetzt.)

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist 12.15 Uhr, ich nehme damit die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Wir kommen damit zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages.

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Bernd Strobl, DI Carina Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Asbestfunde im Burgenland: Dringender Handlungsbedarf zum Schutz der Bevölkerung“ (Zahl 2100-0394) (Beilage 0564)

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Dies ist der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Bernd Strobl, DI Carina Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Asbestfunde im Burgenland: Dringender Handlungsbedarf zum Schutz der Bevölkerung“ (Zahl 2100-0394) (Beilage 0564).

Ich erteile nun Herrn Klubobmann Bernd Strobl das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrags.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Bernd Strobl (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren auf den

Zusehertribünen und auch auf dem Livestream! Wir führen diese Debatte heute nicht, weil wir Lust auf parteipolitischen Streit haben. (*Heiterkeit in den Reihen der SPÖ*)

Wir führen sie auch nicht, weil wir jemanden vorführen wollen.

Wir führen sie, weil im Burgenland etwas passiert ist, das die Menschen zu Recht verunsichert, verärgert und auch misstrauisch macht.

Asbest ist ein Stoff, dessen Gefährlichkeit seit Jahrzehnten bekannt ist. Ein Stoff, der auch schwere Erkrankungen verursacht. Ein Stoff, bei dem es keine Bagatellen gibt.

Genau deshalb ist es so schwer nachvollziehbar, wie mit dieser Situation umgegangen wurde.

Die Menschen lesen von Asbest im Straßenbelag, von Asbest auf Gehsteigen, von Asbest im Streusplitt und von Messungen, die angeblich Entwarnungen geben.

Gleichzeitig erfahren sie aber, dass in den Proben sehr wohl Asbestfasern nachgewiesen wurden.

Das passt irgendwie nicht zusammen und genau diese Widersprüche erzeugen Angst.

Was von der Landesregierung präsentiert wurde, sind Luftmessungen, das sind Momentaufnahmen, jetzt im Winter, unter günstigen Bedingungen.

Selbst die eingesetzte Taskforce relativierte die Aussagekraft dieser Ergebnisse.

Das ist keine Panikmache, das ist schwarz auf weiß nachzulesen.

Und trotzdem erleben wir hier einen Versuch, die Situation kleinzureden.

In der letzten Landtagssitzung hat Klubobmann Spitzmüller erklärt, Greenpeace übertreibe.

Es ist schon irgendwie bemerkenswert, dass sich ein Vertreter der GRÜNEN hinstellt und einer international anerkannten Umweltschutzorganisation Übertreibung unterstellt.

Das allein ist schon ein politisches Statement und es wirft auch eine grundsätzliche Frage auf: Wie weit haben sich die GRÜNEN eigentlich von jener transparenten, kompromisslosen Umwelpartei entfernt, als diese noch vor etwas mehr als einem Jahr angetreten sind?

Über viele Jahre hinweg haben die GRÜNEN im Burgenland für strengste Umweltstandards, für Transparenz und für konsequenten Gesundheitsschutz gestanden.

Ich war und ich bin auch in vielen ideologischen Fragen nicht Ihrer Meinung, aber es war und es ist zu respektieren, wenn eine Partei aus Überzeugung zu ihren Grundsätzen steht.

Aber genau dieser Respekt geht verloren, wenn man den Eindruck gewinnt, dass diese Haltung plötzlich relativiert wird, sobald Regierungsverantwortung im Spiel ist.

Wenn ausgerechnet ein grüner Klubobmann Warnungen von Umweltorganisationen als übertrieben darstellt, dann ist das kein Detail, dann ist das eher eine Glaubwürdigkeitsfrage.

Die GRÜNEN haben schlicht und einfach ihre politische Existenzberechtigung verloren.

Viele Burgenländerinnen und Burgenländer stellen sich heute die Frage, warum jene, die jahrzehntelang kompromisslosen Umweltschutz eingefordert haben, plötzlich auffallend zurückhaltend sind.

Glaubwürdigkeit zeigt sich nicht in Oppositionszeiten. Glaubwürdigkeit zeigt sich dann, wenn Verantwortung unbequem wird.

Und genau hier stehen die GRÜNEN im Burgenland, insbesondere auch Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Haider-Wallner und Herr Klubobmann Spitzmüller auf dem Prüfstand.

Denn eines ist klar. Transparenz darf kein Wahlkampflogan sein. Sie muss auch gelten, wenn man selbst Teil der Regierung ist.

Vielleicht sollte man also weniger von Übertreibung sprechen und mehr darüber, warum kritische Stimmen offenbar stören. Denn bei einem Gesundheitsthema wie Asbest braucht es keine Beschwichtigung, sondern - unserer Meinung nach - maximale Vorsicht.

Und vor allem es braucht eines: Transparenz.

Denn es gibt Hinweise, dass Probleme im Zusammenhang mit Asbest bereits vor rund einem halben Jahr bekannt waren oder sogar noch länger. Hinweise auf Schwierigkeiten in Steinbrüchen. Hinweise auf mögliche Belastungen insbesondere im Südburgenland.

Und hier beginnt die eigentliche politische Verantwortung. Wenn es diese Hinweise gab, dann stellt sich nicht die Frage, warum wir heute darüber sprechen, dann stellt sich vielmehr die Frage, warum die Landesregierung nicht schon damals gehandelt hat.

Wer wusste davon?

Seit wann?

Welche Abteilungen waren informiert?

Welche politischen Entscheidungsträger hatten Kenntnis?

Welche Maßnahmen wurden gesetzt und welche, vielleicht auch bewusst, nicht?

Diese Fragen sind keine Unterstellungen und sollen absolut auch keine Provokation darstellen. Sie sind das Herzstück parlamentarischer Kontrolle und sie verdienen sich Antworten.

Asbest entsteht nicht plötzlich und Asbest verschwindet auch nicht mit einer Pressekonferenz, und Asbest ist auch kein Thema, das man mit einer Taskforce erledigt.

Eine Taskforce kann unterstützen, sie kann begleiten, sie kann koordinieren. Ohne Zweifel. Aber sie ersetzt kein funktionierendes Krisenmanagement und sie ersetzt keine politische Verantwortung.

Was wir bislang gesehen haben, ist ein Stückwerk und das ist bei einem derart sensiblen Thema schlicht zu wenig.

Besonders auffällig ist eines: Nach den neuesten Funden und Messungen von Greenpeace in der Steiermark und auch im Nordburgenland wurde dort sofort gehandelt, aber nicht von der Burgenländischen Landesregierung. Gehandelt wurde von den ÖBB. Die Österreichischen Bundesbahnen haben klar gesagt: Belastete Steine werden sofort entfernt. Asbest wird geräumt. Nicht irgendwann. Nicht nach weiteren Diskussionen, sondern jetzt und sofort. Warum?

Weil für die ÖBB die Gesundheit der Fahrgäste und der Mitarbeiter oberste Priorität hat und sogar der Bürgermeister von Winden, ein SPÖ-Bürgermeister, der sicher nicht im Verdacht steht, parteipolitisch auf Seiten der ÖVP zu stehen, sagt klar und deutlich: So etwas muss sofort geräumt werden.

Der Bahnhof von Winden ist betroffen und Bürgermeister Preiner hat verstanden, worum es geht.

Herr Landeshauptmann, bitte nehmen auch Sie sich ein Beispiel an Ihrem eigenen SPÖ-Bürgermeister Preiner und handeln Sie endlich!

Denn eine Luftmessung im Winter, bei feuchten Bedingungen, ist nicht aussagekräftig. Das sagt nicht die Opposition. Das sagt sogar Ihre eigene Taskforce.

Wie viele Expertinnen und Experten brauchen Sie noch, bis Sie bereit sind, der Realität ins Auge zu sehen?

Wie viele Warnungen müssen noch relativiert werden?

Wie viele Hinweise werden unter Umständen noch ignoriert?

Wenn wir schon von Verantwortung sprechen, dann müssen wir auch über offene Fragen sprechen. Teilweise auch über sehr unangenehme Fragen.

Gab es wirtschaftliche Verflechtungen, die eine rasche und konsequente Aufklärung behindert haben könnten?

Gab es Rücksichtnahmen auf bestimmte Unternehmen oder Abnehmer?

Hat der Anwalt des Landes beim Herrn Landeshauptmann interveniert? Wenn ja, warum und mit welchem Inhalt?

Es ist ja bekannt, dass Herr Zink der Haus- und Hofanwalt des Landes Burgenland ist. Johannes Zink ist aber auch stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Granit Holding. Jenes Unternehmen, das den asbesthaltigen Granit verwendet hat, Hauptabnehmer der betroffenen Steinbrüche und offenbar inzwischen eine bestimmende Kraft dort.

Diese Konstellation verlangt nach vollständiger Offenlegung und Aufklärung.

Ich formuliere das bewusst als Fragen:

Gab es oder gibt es hier Interessenskonflikte?

Gab es Einflussnahmen oder zumindest den Anschein davon?

Und warum wurden diese Fragen bisher nicht offen beantwortet?

Wird hier vielleicht sogar mit gezinkten Karten gespielt?

Denn wenn alles sauber, korrekt und nachvollziehbar abgelaufen ist, dann müsste Transparenz kein Problem sein.

Da stattdessen beschwichtigt wird, dass kritische Stimmen diskreditiert werden, dass Verantwortung nach unten weitergereicht wird, das ist es, was Vertrauen der Menschen zerstört. Und Vertrauen ist in dieser Situation das Wichtigste.

Die Menschen wollen keine politischen Schuldzuweisungen. Sie wollen lediglich Sicherheit. Sie wollen Klarheit und sie wollen wissen, was das für ihren Alltag bedeutet. Besteht eine Gefahr? - Ja oder nein.

Wo genau wurde Asbest festgestellt?

Was wird jetzt konkret getan und was passiert, wenn weitere Belastungen gefunden werden?

Gibt es dann vorbereitete Notfall- und Maßnahmenpläne oder reagiert die Landesregierung weiterhin nur dann, wenn der öffentliche Druck groß genug wird, statt vorausschauend Verantwortung zu übernehmen?

Geschätzte Damen und Herren! Halbmaßnahmen reichen nicht. Ankündigungen reichen auch nicht und Pressenkonferenzen reichen schon gar nicht.

Der Abänderungsantrag, den Rot und GRÜN heute eingebracht haben, ist ein Versuch der Rechtfertigung ihrer bisherigen halbherzigen Maßnahmen und der Versuch, wieder einmal Verantwortung abzuschieben, nämlich auf den, auf den man am liebsten im Burgenland Verantwortung abschiebt, nämlich auf den Bund. Schuld hat der Bund.

Was es braucht, sind flächendeckende Kontrollen im gesamten Burgenland. Eine vollständige Offenlegung aller bisherigen Erkenntnisse und eine ehrliche, eine offene und eine verständliche Kommunikation.

Und dort, wo Belastungen festgestellt werden, sofortige Schutz- und gegebenenfalls auch Sanierungsmaßnahmen.

Gerade dieser Sonderlandtag muss für eine umfassende und ehrliche Aufarbeitung genutzt werden.

Die Menschen erwarten klare Antworten, nachvollziehbare Entscheidungen und einen transparenten Fahrplan für die nächsten Schritte.

Es ist uns natürlich auch die wirtschaftliche Bedeutung der Steinbrüche für die Region bewusst. Zweifelsohne. Aber es geht auch darum, Arbeitsplätze zu bewahren.

Aber es ist eines unstrittig. Die Gesundheit der Burgenländerinnen und Burgenländer steht über allem und muss auch in Zukunft über allem stehen. Über allen parteipolitischen Interessen, über allen wirtschaftlichen Überlegungen und auch über Machterhalt.

Beschwichtigung ist keine Politik. Ablenkung ist keine Lösung. Und Schweigen ist schon gar keine Verantwortung.

Nur konsequente Aufklärung kann Vertrauen wiederherstellen und genau das erwarten die Menschen von uns. Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrags ein.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Klubobmann Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Liebe Regierungsbank! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Liebe ZuhörerInnen! Wir haben dieses Thema, ich glaube, es ist zehn Tage jetzt her, gute zehn Tage her, hier lang und breit diskutiert, das war auch gut so.

Anlass war ein Dringlichkeitsantrag der FPÖ, der eigentlich fachlich, faktenbasiert war. Ein guter Antrag - beim Klimawandel ist es ja oft nicht so -, da war es so.

Was hat der Antrag gefordert? Unverzögliche, umfassende Luftmessungen, Untersuchungen systematisch und unter realistischen Nutzungsbedingungen durchführen,

Ergebnisse vollständig, verständlich, zeitnah öffentlich machen, die Feststellung der Belastungen, unverzüglich Sanierungs- und Schutzmaßnahmen einleiten zu lassen, um sicherzustellen, dass die Gesundheit an oberster Stelle steht.

Fast alle Punkte oder ein Großteil der Punkte ist bereits erledigt durch die - leider immer wieder auch schlechtgeredete - Taskforce. Wir haben da drinnen wirklich die Kapazitäten dieses Landes. Auf Umweltmedizinerseite sitzen unter anderem Herr Hutter und Herr Moshhammer, die ich seit vielen Jahren kenne. Die in diesen Bereichen „Luftgüte, Schadstoffe“ arbeiten und sich da wirklich auskennen und die haben auch relativ schnell gesagt, was Sache ist.

Damit möchte ich gleich den ersten Vorwurf erklären, der mir hier gegenübergestellt wurde, dass ich Greenpeace vorgeworfen hätte, sie übertreiben hier.

Ich habe grundsätzlich gesagt bei der letzten Sitzung, Greenpeace macht gute Arbeit. Hier sind sie wohl einen Schritt weiter, zu weit gegangen, weil sie Material als problematisch hingestellt haben, das nicht problematisch ist, nämlich gebundenes Material.

Beispiel der Skaterparkplatz. Da ist im Asphalt das Gestein drinnen, da ist nach Expertenmeinung die Gefahr wirklich äußerst gering.

Loses Material ist ganz was anderes. Keine Frage.

Aber wir wollen ja hier, dass die Menschen wissen, was Sache ist. Wissen, wo wirklich die Gefahren liegen, in welchen Bereichen.

Und dazu braucht es erst einmal Messungen und Fakten. Man muss schauen, wo sind wirklich die Probleme.

Die Taskforce hat inzwischen Messungen an den von Greenpeace genannten Punkten gemacht, viele darüber hinaus - Gemeinden konnten das ja zum Teil einmelden - , haben hier die ersten Messungen durchgeführt, haben auch gleich gesagt, dass es wahrscheinlich unter den Witterungsbedingungen keine wesentlichen Ergebnisse geben wird.

Aber ich halte diese Messungen trotzdem für gut und wichtig, weil wir damit eine Messgrundlage haben. Wir wissen jetzt, wie ist die Luft in den Bereichen, wo gemessen worden ist unter diesen feuchten Bedingungen.

Die nächsten Messungen werden dann stattfinden, wenn die Witterung trockener ist. Wird wahrscheinlich noch ein bisschen dauern, bis es so weit ist, aber schauen wir einmal, wie der Frühling wird.

Da haben wir dann Referenzwerte und können vergleichen. Und das ist gut und wichtig. Und das haben auch die Fachleute gesagt.

Hier muss faktenbasiert gearbeitet werden, und, was auch ganz wichtig ist, weil immer schnelle Maßnahmen gefordert werden, auch das kann schnell kontraproduktiv sein. Weil wenn jetzt dieses Material, das irgendwo einfach nur als Abgrenzung liegt, wo keine Autos drüberfahren, abtransportiert wird, weggeschaufelt wird, mit Baggern bearbeitet wird, dann entsteht genau das, was wir nicht wollen, nämlich Reibung und Staubaufwirbelung.

Das heißt, es muss natürlich auch klare Vorgaben geben, wann und wie bearbeitet ich dieses Material. Das ist ja das große Problem.

Wenn das nur liegt, hat der Herr Dr. Moshhammer gesagt, dann ist davon auszugehen, dass es keine Gesundheitsgefahr ist. In dem Moment, wo ich das angreife,

schaufle, bewege, mit dem Bagger auf den Kipper transportiere, habe ich eine Staubemission und dann kann ich erst recht ein Problem haben.

Wir müssen und natürlich auch überlegen, es wird der Frühling kommen, wir müssen den Streusplitt, wo die Wahrscheinlichkeit auch groß ist, dass Asbest drinnen ist, entfernen. Das ist bis jetzt passiert mit Kehrmaschinen. Das werden wir wahrscheinlich so, wie es früher geschah, nicht mehr machen können, weil hier die Staubentwicklung groß ist.

Deswegen ist es wichtig, dass hier, und die Fachleute sagen, wo sind die großen Problempunkte, wie bearbeite ich das Material, wie kriege ich es weg, welches Material muss ich wirklich weggeben, weil das eine Gefahr sein kann, auch wenn es nur eine geringe ist.

Die Messstellen sind ja jetzt bereits im ganzen Burgenland, viele haben sie selber schon gesehen, das sind so Kisten, wo, sagen die Experten, praktisch eine Lunge technisch nachempfunden wird. Also so, wie unsere Lunge funktioniert, funktioniert in etwa dieser Messkübel, nicht Kübel, diese Messkiste.

Hier wird an vielen Punkten, die wichtig sind, gemessen, unter teilweise auch absichtlich erzeugten, realistischen Bedingungen.

Das heißt, wenn dort gerade kein Auto fährt, dann schaut man, dass dort ein Auto in der Zeit fährt, wo es gemessen wird, weil sonst ist ja das Ergebnis auch nicht wirklich richtig.

Also wir haben schnell gehandelt, und was auch wichtig ist, wir haben nicht erst gehandelt, als Greenpeace auftrat mit der Problematik, sondern das Land hat ja schon im vergangenen Jahr gemessen. Und dann, weil es notwendig war, die Steinbrüche mal gesperrt.

Dann war klar, man muss den nächsten Schritt machen, und die Schritte passieren jetzt.

Dass das nicht nur ein burgenländisches Problem ist, sondern ein österreichweites, hat sich inzwischen auch rumgesprochen. In der Steiermark wurde ja auch schon was gefunden. Die Geologen sagen, es gibt auch andere geologische Fenster in Österreich, wo dieses Material gefunden wird. Offensichtlich gibt es, und deswegen wird unser Abänderungsantrag hier auch eine gesetzliche Regelung auf Österreichebene fordern, hier Lücken leider in der Gesetzeslage.

Warum ist das so? Weil man beim Asbestverbot, das es ja gibt, nur auf fertige Produkte, erzeugte Produkte, geachtet hat und offensichtlich auf natürliche Vorkommen im Gestein vergessen hat.

Das ist offensichtlich nicht einmal nur auf Österreichebene, sondern sogar auf EU-Ebene passiert. Das muss man natürlich bereinigen, keine Frage.

Aber, das ist wesentlich, dass man das Stück für Stück macht, faktenbasiert, messergebnisbasiert und mit den Fachleuten abspricht und schaut, wie geht man vor, weil wichtig ist, das reine Vorkommen von Serpentin mit Asbestanteilen ist nicht das Problem. Das Problem ist, da wo ich es bearbeite, wo ich möglicherweise drüberfahre, über Schotterwege oder über den Straßensplitt und erst dann wird es offensichtlich zur Gefahr.

Konkrete Vorschläge von Euch, von der ÖVP fehlen. Ich meine, zu sagen, man soll was tun, ist gut und nett. Maßnahmen setzen, kann man erst, wenn ich weiß, wie gehe ich vor, wann und was genau. Das fehlt uns jetzt noch.

Deswegen warten wir jetzt die nächsten Messergebnisse ab, und dann wird es Maßnahmen geben, und die müssen natürlich, wie ich erklärt habe, mit den Experten abgesprochen werden, weil sonst machen wir das Problem größer als es ist.

Es ist ja schön, wenn McDonald's, ASFiNAG und die ÖBB schnell reagieren, nur wie ich von Erzählungen weiß, bei McDonald's waren Leute dort, die zugeschaut haben, wie das Material entfernt wurde, und da hat es gestaubt. Und genau das ist nicht g'scheit. Schnell, schnell - ist nie g'scheit. G'scheit, anständig arbeiten, faktenbasiert und Schritt für Schritt, sodass die Gesundheitsbelastung möglichst gering ist.

Ganz klar, die Gesundheit muss an oberster Stelle stehen. Aber wir wissen ja heute nicht einmal noch wie viel, und das ist der springende Punkt, wie viel Asbest in der Luft, in unseren Atemwegen ist und unter welchen Bedingungen, reicht es, wenn ein Auto dann Schrittempo drüberfährt, muss ein Traktor mit schnellem Tempo drüberfahren, alles das muss man jetzt abklären und sich dann anschauen.

Dass Greenpeace jetzt regelmäßig neue Funde findet, ist ja nicht wirklich wunderlich. Jeder, der im Burgenland lebt, weiß, das Material liegt überall. Da brauche ich nicht lange suchen gehen.

Also selbst in meiner Heimatgemeinde gibt es unzählige Waldwege, Schotterstraßen, überall liegt Serpentin mit mehr oder weniger Asbestanteil. Das gilt es auch noch herauszufinden, gibt es Steinbrüche, die mehr oder die weniger haben.

Welchem Material kann man hier trauen?

Welcher Streusplitt liegt in den Gemeinden?

Aus welchen Steinbrüchen?

Das muss man sich genau anschauen, damit man hier garantieren kann, in der Zukunft keine gesundheitlichen Belastungen der Bevölkerung logischerweise, das muss das oberste Prinzip sein.

Genau das passiert. Das werden wir weitermachen und hier gehört faktenbasiert gearbeitet und - wie gesagt - nicht schnell, schnell.

Wir machen genau das Richtige, mit Fachleuten zusammenarbeiten und dann Maßnahmen, die logisch sind und die so sind, dass man in der Zukunft dann eben auch mit gesetzlichen Forderungen, beziehungsweise mit gesetzlichen Regelungen, dem langfristig Einhalt gebietet. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Als Nächstes ist Herr Landtagsabgeordneter Markus Wiesler zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Regierungsmitglieder! Geschätzte Damen und Herren! Ich darf vorwegnehmen, wir werden dem Abänderungsantrag wieder unsere Zustimmung erteilen, weil das ganze Thema sehr wichtig für uns ist.

Es ist richtig, dass die Taskforce arbeitet. Aber es gibt natürlich auch andere Dinge, die zu beleuchten sind, wo sie eben nicht ganz zusammenpassen.

Es bleibt ein brisantes Thema, das in den letzten Wochen im Burgenland aufgeschlagen ist. Es betrifft die Causa Asbestvorkommen in den vier gesperrten Steinbrüchen.

Ein Thema, das viele Menschen beschäftigt und zu Recht beschäftigt. Vor allem aber verunsichert.

Warum verunsichert? Weil es widersprüchliche Aussagen in der Öffentlichkeit immer wieder gibt.

Während Greenpeace einen dringlichen Aktionsplan vorlegt, wo auch Steine, die in sich geschlossen sind oder nur dastehen, zum Beispiel ein Grabstein, sofort entfernt werden sollen, während das Land Burgenland im Rahmen der Taskforce von keinen auffälligen Messungen spricht.

Die einen machen Gesteinsmessungen, die anderen machen Luftmessungen.

Also widersprüchliche Aussagen und eben unterschiedliche Messungen.

Dazwischen liegen die Unternehmen, die Arbeitsplätze mit den Existenzen der Familien und vor allem unser aller Gesundheit.

Genau diese Dinge haben uns eben im Jänner veranlasst, am 28. Jänner, eine Pressekonferenz zu machen, um den Anstoß zu geben, genauer eben hinzuschauen, was da los ist.

Gleichzeitig haben wir damals angekündigt, einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, weil die Situation damals aus unserer Sicht eine Dringlichkeit verlangt hat. Auch das haben wir getan.

Es war uns wichtig, dass hier im Landtag darüber diskutiert wird, weil die Öffentlichkeit ein Recht darauf hat, mehr zu erfahren, weil wir einige Widersprüche erkannt haben und eben noch immer erkennen.

Ich darf mich wiederholen. Die Situation, die wir derzeit erleben, ist tatsächlich erklärungsbedürftig.

Warum? Vier Steinbrüche wurden gleichzeitig behördlich gesperrt.

Greenpeace hat Untersuchungen veröffentlicht, mit teils so extrem hohem Asbestanteil im Material und gibt eine akute Warnung aus.

Die Landesregierung sagt aber gleichzeitig, es besteht keine akute Gefahr, obwohl es Mandatsbescheide zur Schließung der Steinbrüche gibt. Alle vier wurden gleichzeitig geschlossen, laut Behörde.

Also die Regierung sagt, keine akute Gefahr, die Bezirksverwaltungsbehörden aber schon.

Weiters und dennoch ist dann Folgendes passiert, obwohl keine akute Gefahr besteht, eben die vier Steinbrüche wurden gesperrt, eine Taskforce gegründet, Luftmessungen werden angekündigt, Hotlines für die Bevölkerung werden eingerichtet. Das passt eben, aus unserer Sicht, nicht widerspruchsfrei zusammen.

Wenn keine akute Gefahr besteht, stellt sich eine einfache, berechtigte Frage: Warum dann diese drastischen Maßnahmen? Ich darf die zwei Beispiele, die ich letztes Mal schon erzählt habe, wieder anführen.

Erstes Beispiel: 2008 wusste man schon, dass der Streusplitt asbesthaltig war. Er musste zurückgerufen werden. Dennoch haben die Behörden weiter abbauen lassen. Somit ist Asbest im Südburgenland nicht erst seit Greenpeace bekannt, sondern eben schon früher aktenkundig bei den Behörden geworden.

Das wirft natürlich die Frage auf: Liegt hier Behördenversagen vor?

Das zweite Beispiel ist der Bescheid von der Bezirkshauptmannschaft Oberwart und betrifft den Steinbruch in Bernstein. Bereits am 17. Juni 2025 wurden Bedenken hinsichtlich Asbestbelastungen geäußert. Es wurden dann Proben entnommen. Der Asbestgehalt der Proben lag zwischen fünf und 100 Prozent. Im gegenständlichen Fall war die Gefährdung von Personen zu befürchten. Das heißt, bei den Arbeitnehmern, bei den Kunden, bei der Bevölkerung, bei den angrenzenden Gemeinden und so weiter.

Im Jänner wurde dann der Steinbruch geschlossen. Also sechs Monate nach den ersten Bedenken. Also da kann man nicht sagen, man hat schnell gehandelt. Man hat sich um sechs Monate vermessen eigentlich muss man sagen, und obwohl das Land sagt, es besteht keine akute Gefahr.

Das wirft natürlich schon Fragen auf, denn hier beginnt eben die politische Verantwortung. Diese Verzögerung bedarf aus unserer Sicht schon einer Aufklärung, wenn die Gesundheit akut gefährdet ist. Das sagen nicht wir. Das sagt der Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Oberwart.

Dieses Material wurde im Burgenland seit Jahrzehnten eben abgebaut. Dieses Material wurde seit Jahrzehnten hinweg im Straßenbau, öffentlichen Plätzen, vor Krankenhäusern, Altenheimen, Spielplätzen eben verwendet und eingebaut.

Aus unserer Sicht ist aber die zentrale Frage nicht, was ist in den letzten Wochen passiert, sondern wie wurde in den letzten Jahren kontrolliert.

Welche Prüfungen und Messungen hat es gegeben?

Und wo hat es sie gegeben?

Denn bis zur Schließung - muss man ehrlich sagen - haben alle vier gesperrten Steinbrüche eine aufrechte behördliche Genehmigung zum Gesteinsabbau gehabt.

Das ist einmal Tatsache.

Dass dann alle vier Steinbrüche zeitgleich geschlossen wurden, ist eben sehr fragwürdig.

Ob das ein Zufall ist, ist, aus unserer Sicht, näher zu beleuchten. Aus unserer Sicht passt da etwas nicht zusammen. Hier hat sich offensichtlich etwas aufgestaut und das verlangt nach Aufklärung, nicht nach bloßer Beruhigung.

Mehrere Dinge stehen im Raum. Vielleicht liegt es tatsächlich an der Herabsetzung der Messwerte, dann soll man das klipp und klar sagen. Ist das Gestein aber durch die Herabsetzung gefährlicher geworden? Wir glauben nicht.

Denn das Gestein hat die gleiche Belastung durch die Herabsetzung, wie vorher. Es ist aber auch nicht gesunken. Umgekehrt, hätte man die Werte hinaufgesetzt, wäre es auch nicht gefährlicher geworden, wie davor. Es wäre die gleiche Belastung geblieben.

Dazu bleibt fraglich, auf welche Weise die behördlichen Proben vor den Schließungen durchgeführt wurden. Wurde etwas verschleiert? Hat man davor schon mehr gewusst? Hat jemand die Hand auf die Untersuchungen draufgehalten? Stehen die Steinbrüche sogar vor einer Übernahme? Vielleicht auch durch das Land Burgenland? Will man etwas erzwingen, wie, zum Beispiel, bei der Neuen Eisenstädter? Will man Druck aufbauen? (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Diese Fragen sind, aus unserer Sicht, legitim und sie verdienen klare beziehungsweise nachvollziehbare Antworten.

Diese Fragen richten sich vor allem an die Landesregierung.

Ich darf ein Schreiben von jemandem zitieren, das bei uns in den letzten Wochen eingelangt ist, der mit der Materie sehr beschäftigt ist.

2024/2025 hat eine Landesbedienstete als Amtssachverständige Staubniederschlagmessungen in einem Steinbruch durchgeführt.

Auslöser der Messungen war die Ankündigung, den Steinbruch erweitern zu wollen, da die genehmigten Ressourcen zu Neige gehen.

Der jährliche Bedarf in der Region liegt zwischen 400.000 bis 600.000 Tonnen pro Jahr.

Die Tonnage zur Versorgung fehlt nun durch die gesperrten Betriebsstätten. Dieser Bedarf mit öffentlichem Interesse wird anderwärtig zu decken sein. Auch das ist schon einmal interessant.

Im Gutachten über diese Staubniederschlagmessungen wurde behauptet, dass sowohl Schwermetalle, als auch Asbestfasern identifiziert wurden. Lesen kann man daraus, dass die Schwermetalle von einem angrenzenden Biomasse Heizkraftwerk stammen.

Gleichzeitig erwähnt die Amtssachverständige des Landes Burgenland, dass sie selbst keine fachliche Meinung kundzutun hätte, da dies einem Amtssachverständigen für Geologie obläge.

Damit hat sie sich, unserer Meinung nach, selbst als nicht fachkundig kundgetan.

Dann kam es zur Konfrontation zwischen den Sachverständigen, den Betreibern und den Behörden.

Von der Betriebsseite, also nicht von Amts wegen, wurde daraufhin ein umfangreiches Untersuchungs- und Analyseprogramm vorgeschlagen, mit welchem eine fachlich korrekte Faseranalytik durchgeführt werden soll.

Das ist auch geschehen. Wie gesagt, als Eigenverantwortung.

Diese Ergebnisse wurden dann der Behörde und beiden Amtssachverständigen vorgestellt. Gleichzeitig auch Maßnahmen, die betriebstypische Staubentwicklung erfolgreich mindern können.

Daraufhin haben beide Sachverständige eigenständig Probenentnahmen durchgeführt, weil die Herrschaften einfach fest „angeschleimt“ waren.

Die Art und Weise der Beprobung konnte von allen Verhandlungsteilnehmern bestaunt werden.

Die Proben wurden in der gleichen unwissenschaftlichen und fachlich inkorrekten Art und Weise gezogen, wie der Allgemeinbevölkerung mit den jüngsten Greenpeace Videos unterbreitet werden.

Diese Art der Probeentnahmen führte die Sachverständigen dann auch bei den anderen drei Betriebsstätten durch. Nach einem telefonischen Gespräch wurde deutlich, mein Auftrag lautet, Asbest festzustellen.

Jetzt kann man sich natürlich fragen: Liegt das an den GRÜNEN, dass die in der Regierung sind? Man weiß es nicht.

Generell wurden die Proben eigenhändig, das muss man sich einmal vorstellen, verjüngt. Also abgeschlagen, bis nur mehr Asbest vorhanden war. Danach wurden sie zu einem Labor in Deutschland geschickt. Dieses Labor führte keine Faseranalytik durch,

welche zwingend notwendig gewesen wäre, um Fasern zu messen. Es erfolgte im Labor nur eine Identifikation von Asbestmaterialien.

Diese Methode wurde auch von Greenpeace veranlasst. Diese Methode ist nicht dazu geeignet, Fasern festzustellen.

Bei einer großen Besprechung am 19. Jänner 2026, unter Teilnahme der Verantwortlichen und der Rechtsvertreter von vier Betriebsstätten und der beiden Bezirkshauptmannschaften und des Amtssachverständigen für Geologie, wurden diese fachlichen Missstände genauso, wie die fehlende Rechtsgrundlage für die Mandatsbescheide, ausführlich erörtert. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Dennoch blieben die Steinbrüche geschlossen, obwohl auch der Landeshauptmann und auch andere Personen bei der Pressekonferenz, bei der Präsentation der Taskforce mitteilten, dass nicht der Gehalt im Rohstoff selbst, sondern die Faseranzahl in der Luft ausschlaggebend für die Beurteilungen seien.

Das ist richtig.

Alle bisherigen Umstände lassen fachlich keinen roten Faden erkennen. Mit Ausnahme des anscheinend großen Willens, die Betriebsstätten mit allen Mitteln geschlossen zu halten.

Daher der, der das geschrieben hat, führt dann noch weitere Beispiele mit einer Kartendarstellung an. Die Karte gibt einen groben Überblick über die Verbreitung der Gesteinseinheiten in Österreich, wo sich selbst das Gipfelkreuz des Großglockners auf derselben Gesteinsformation wie die vier behördlich gesperrten Betriebsstätten befindet.

Dort „kraxeln“ die Leute alle umeinander. Ein Viertel der Schweiz befindet sich auf denselben Gesteinseinheiten. Ich weiß nicht, wollen wir die alle aussiedeln?

Beim Wiener Hauptbahnhof wurden die Wände mit solchen Materialplatten verkleidet. Auch der Fußboden wurde damit ausgelegt. Wie man dort vorgeht? Man weiß es nicht. Soweit die Ausführungen eines Wissenden, der bei den Untersuchungen dabei war.

Ich selber darf noch zu einem anderen, zu einem abgeordneten Kollegen von der SPÖ, kommen. Der spricht im Fall der Stadtgemeinde Oberwart, die einfach Streusplitt eingekauft hat, wie jedes Jahr, von einem hochsensiblen Thema, das ist richtig. Er sagt dann weiter, er fordert Transparenz und Ehrlichkeit.

Wer sich als Bürgermeister, als Krisenmanager präsentiere, müsse gerade bei Fragen der Gesundheit der Bevölkerung offen und sorgfältig handeln.

Die SPÖ fordert daher eine umgehende und lückenlose Aufklärung in Oberwart.

Wir finden das als blanken Hohn, weil da soll man sich ja an den Landeshauptmann, an den zuständigen Landesrat oder eben auch an die Behörden wenden.

Es ist richtig. Es ist ein schmaler Grat zwischen Panikmache und Aufklärung. Aber, diese Aussagen schlagen, aus unserer Sicht, dem Fass den Boden aus.

Geschätzte Damen und Herren! Wir Freiheitlichen haben uns mit unserem Dringlichkeitsantrag im Jänner sachlich eingebracht und haben auch dem Abänderungsantrag der Regierung damals zugestimmt, weil wir hier einen Zusammenhalt wollen, weil es vorrangig um die Gesundheit geht.

Fakt ist aber, nach unserer ersten Pressekonferenz und nach unserem Dringlichkeitsantrag haben wir zahlreiche Rückmeldungen von Steinbruchbetreibern, Beschäftigten sowie unabhängigen Fachleuten aus dem Bereich der Geologie erhalten.

Wie schon vorhin berichtet, verdeutlichen diese Rückmeldungen, dass wesentliche Fragen weiterhin offenbleiben und, aus unserer Sicht, einer Aufarbeitung bedürfen.

Vor allem stellt sich die Frage, wie es in der Causa insgesamt weitergehen soll, denn es gibt strittige Grundlagen und strittige Äußerungen.

Es braucht eine seriöse gesundheitliche Risikobewertung. Es geht um etwas. Es geht vor allem um unser aller Gesundheit. Es geht um Arbeitsplätze. Da hängen Existenzen dran. Denken wir an die Familien.

Ich darf kurz auch aus den Bezirksblättern zitieren, weil man sagt, dass die Arbeitsplätze gesundheitlich massiv gefährdet sind. Das sage aber auch nicht ich, aber ich darf es zitieren. Ein 79-Jähriger aus Neumarkt im Tauchental meint im Gespräch mit „Mein Bezirk“: „Ich bin 79 Jahre alt und fühle mich körperlich gesund und robust. Selbst, nachdem ich 42 Jahre in diversen Asphalt Mischanlagen gearbeitet habe. Auch dort kommt ja der Schotter zum Einsatz, wenn er asbesthaltig ist. Von Auffälligkeiten oder bleibenden Gesundheitsschäden früherer Kollegen und Mitarbeiter habe ich persönlich nie etwas gehört.“

Im Dorf Café reden die Menschen mehr darüber, welche wirtschaftlichen Schäden entstehen könnten, wenn Arbeitsplätze in der Region verloren gehen.

Transportunternehmen und -unternehmer, Baufirmen und Asphaltanlagen, die eng mit den Schotterwerken zusammenarbeiten, wären betroffen.

Also, man spürt die Ängste der Menschen draußen.

Wie gesagt, es geht um die Unternehmer. Viel Luft haben die nicht mehr. Wenn die geschlossen bleiben, werden die einen finanziellen Kollaps erleben.

Es ist die Frage, was man dann mit denen tut.

Oder, die Gemeinde Badersdorf lebt vor allem von den Einnahmen dieser Betriebe.

Oder, bei der Baumesse in Oberwart durfte ich mit der Frau Bürgermeister aus Bernstein kurz reden, wie es in Bernstein aussieht.

Sie sagt auch, ihr Geschäft, Traditionsbetrieb, ist eigentlich mehr oder weniger tot, weil sie mit so einem Material arbeitet.

Es geht, wenn es nötig ist, eben um Sofortschutz und um Sanierungsmaßnahmen. Es geht um Handlungsempfehlungen für die Gemeinden. Die Gemeinden fragen sich, wie es draußen bei ihnen weitergehen soll? Es geht um Handlungsempfehlungen für Privatpersonen. Denken wir, viele haben sich beim Hausbauen eine Steinmauer errichtet. Wer haftet dafür? Wer kommt für die Schäden auf, wenn Maßnahmen notwendig sind, denn alle Kunden haben sich sowohl auf die Politik, als auch auf die Behörden verlassen und haben auf diese beiden vertraut.

Jetzt stellt sich die Frage: Wie konnte es soweit kommen? Was nun?

Denn, die politische Verantwortung endet nicht bei Expertengruppen und bei der Taskforce.

Da wird es wahrscheinlich mehr brauchen. Die Unsicherheit in der Bevölkerung bleibt nach wie vor hoch. Der Frühling, das haben wir kurz gehört, steht vor der Tür. Die Staubbelastungen werden wieder zunehmen.

Es wurde auch schon erwähnt, denken wir an die Kehrmaschinen, die fahren alle in den Gemeinden draußen, den Splitt einzusammeln. Der Gehsteig liegt meistens neben der Straße, den die Leute benützen. Eine Reststaubbildung wird erhalten bleiben.

Dann stellt sich die weitere Frage: Wohin mit diesem Material? Denken wir an die Bauarbeiter, wenn die Straßen abgefräst werden. Da ist Asbest enthalten. Ja, man kann sagen, das sind nur die Bauarbeiter. Ich sehe das nicht so. Auch die haben Familien, die da hinter diesem Fräsgut nachgehen.

Wo wird das entsorgt?

Viele Gemeinden haben das Fräsgut für die Befestigung von Parkplätzen, aber auch für die Befestigungen für Güterwege verwendet. Was soll mit den Güterwegen jetzt passieren?

Viele müssen sich jetzt teuer Material einkaufen. Private, Gemeinden. Warum? Weil das Angebot fehlt. Weil vier Steinbrüche geschlossen sind.

Wer kommt für die Mehrkosten für die Gemeinden oder für die Privaten auf?

Sollte sich herausstellen, dass dieser finanzielle Schaden entsteht, wer wird das machen?

Sollte sich auch bei Greenpeace herausstellen, dass die Panikmache völlig überzogen war, dann ist meine Meinung, dass diese Herrschaften zur Verantwortung gezogen werden müssen, weil, die richten einen großen wirtschaftlichen Schaden an.

Wir Freiheitliche wollen keine Hysterie. Aber, politische Aufklärung. Die Menschen dürfen eben nicht zurückgelassen werden. Das gehört schon dazu.

Wie erwähnt, einige Dinge passen eben nicht zusammen.

Noch einmal ganz kurz. Jetzt kommt das Frühjahr. Da geht es vor allem um die Kinder. Die Eltern fragen sich, die Kinder wollen nach diesen dunklen Wintermonaten und nach der Kälte hinaus.

Sind die Kinder gefährdet? Dürfen sie noch draußen spielen? Wo sollen sie spielen? Was wird passieren?

Also, diese Antworten erwarten sich die Menschen draußen schon. Wir drängen auf verlässliche Antworten. Diese Haltung dürfen wir alle haben.

Danke. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Als nächster Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Geschätzte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sie uns heute von den Tribünen beziehungsweise auch via Livestream zusehen beziehungsweise zuhören! Ja, wir diskutieren ein weiteres Mal die Thematik Asbest.

Wir haben erst am 29. Jänner, also vor rund zwei Wochen, das Thema Asbest hier im Hohen Haus sehr intensiv diskutiert, sehr intensiv debattiert und haben auch gemeinsam, und da bin ich durchaus stolz, einen einstimmigen Abänderungsantrag beschlossen, der im Wesentlichen auch die weiteren Schritte festlegt.

Ich glaube, dieser Abänderungsantrag ist auch wirklich sehr gelungen.

Seither, seit diesen rund zwei Wochen, gab es keine besonderen Geschehnisse. Es gab keine besonderen Ereignisse, bis auf eines. Die ÖVP hat das Thema Asbest entdeckt.

Sie hat einen Sonderlandtag initiiert. Obwohl es keine Geschehnisse, keine Vorkommnisse gegeben hat.

Also, dann fragt sich natürlich der Bürger, die Bürgerin, was ist die Intention dieses Sonderlandtages?

Die kann man beantworten. Es geht ausschließlich um parteipolitisches Kleingeld, das heute gewechselt werden soll. Es geht ausschließlich darum, durch Angst und Panikmache den Versuch zu starten, der Burgenländischen Landesregierung zu schaden. All das auf dem Rücken der Betriebe, der Arbeitsplätze, der Menschen, der Bevölkerung und des Tourismus. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Aber, zur Sache. Die Landesregierung hat wirklich hochprofessionell und rasch reagiert. Es kam zu Schließungen von den Steinbrüchen. Eine unabhängige Taskforce mit wirklich renommierten Experten wurde eingesetzt, die seither auch tagt.

Eine Informationsplattform und eine Hotline wurden eingerichtet, wo sich Bürgerinnen und Bürger, die Informationen benötigen, jederzeit auch hinwenden können. Anfang Februar wurde mit den Luftmessungen begonnen. Wenige Tage später hat die Taskforce die Öffentlichkeit informiert. Die wichtigste Botschaft war, es gab keine relevanten Gesundheitsgefährdungen. Ich glaube, das ist einmal wichtig, dass die Taskforce das kommuniziert hat.

Damit kann man die Burgenländerinnen und Burgenländer wieder auch beruhigen. Die Messwerte waren im geologischen Hintergrundbereich. Weitere Messungen über einen längeren Zeitraum wurden angekündigt und werden auch durchgeführt. Das ist wesentlich und wichtig.

Auch der Austausch mit den Ministerien, mit den anderen Bundesländern wird gelebt und das Angebot, mit den Gemeinden zusammenzuarbeiten, wurde erstellt.

Klar ist, das ist kein burgenländisches Phänomen, sondern auch viele andere Bundesländer sind hier betroffen. Vorwiegend Niederösterreich und Steiermark, beides nicht rot-grün-regiert, sondern eher schwarz-blau oder blau-schwarz-regiert.

Meines Wissens gibt es dort noch keine Taskforce. Meines Wissens gibt es dort keine Informationshotlines und vieles mehr.

Es gibt 14 Serpentin-Steinbrüche, die alle mit demselben Problem kämpfen. Es hat lediglich das Burgenland darauf reagiert. Eine Landesregierung hat Maßnahmen gesetzt. Eine Landesregierung nimmt sich diesem Thema tatsächlich an. Das ist das Burgenland, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir nehmen das Thema sehr ernst. Wir haben Schritte gesetzt, aber wesentlich dabei ist, sachlich wirtschaftlich begleitet und rechtskonform. Jeder trägt in seinem Bereich Verantwortung. Jeder Landesrat. Jeder Bürgermeister. Jeder Minister, der dafür zuständig ist.

Daher sollte man mit Schuldzuweisungen sehr vorsichtig sein, Herr Kollege Strobl. Denn es wurde heute schon erwähnt: 2008 kam es zu einem Rückruf von asbesthaltigem Streusplitt im Südburgenland. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Damals, 2008, gab es keine Schließung von Steinbrüchen. Es gab keine Taskforce, die das wissenschaftlich begleitet hätte. Es gab keine Luftmessungen. Es gab keine

Informationen. Es gab keine Transparenz. Warum, Herr Kollege Strobl? Warum? Das müssen Sie Ihre ÖVP-Parteikollegen fragen, die damals, 2008, dafür zuständig waren. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Es waren zwei ÖVP-Landesräte, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was heißt das jetzt?)* die damals Verantwortung getragen haben und die könnten Sie jetzt all das, was Sie zuvor gesagt haben, fragen. Wer ist politisch verantwortlich? Wer hat welche Informationen gehabt? Warum wurde nicht gehandelt? Das und dergleichen noch mehr.

All das könnten Sie Ihre ÖVP-Parteifreunde fragen. Das tun Sie aber nicht. Als ehemaliger Schiedsrichter wissen Sie, was ein Eigentümer ist. Parteipolitisch haben Sie sich heute eines geschossen, Herr Kollege Strobl! *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN – Abg. Bernd Strobl: Damals war das ja in dieser Form noch nicht bekannt. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Wie war das jetzt im Jahr 1973?)*

Wenn Sie mich aber persönlich fragen, glaube ich, dass Kollegin Resetar und Kollege Steindl richtig gehandelt haben. Denn, wäre dann etwas gewesen, hätten sie reagiert. Das ist meine persönliche Meinung. Das wird sich auch in den nächsten Monaten auch herausstellen.

Dieser Sonderlandtag dient also ausschließlich der ÖVP-Parteipolitik. Ihnen geht es nicht um die Gesundheit der Menschen. Ihnen geht es nicht um die Betriebe. Nicht um die Arbeitsplätze. Es geht Ihnen ausschließlich darum, parteipolitisches Kleingeld zu wechseln.

Ich halte das für so schade bei so einem wichtigen Thema: Der Gesundheit. Dieses Thema dient nicht für die Parteipolitik. Dieses Thema ist viel zu wichtig, um heute so ein Theater aufzuführen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir brauchen aber bundesrechtliche Regelungen. Auch hier könnten Sie mit Ihren Parteikollegen, mit dem ÖVP-Minister Totschnig, sprechen, denn es ist verboten, Asbest über 0,1 Prozent der Gesamtmasse, wenn es zugefügt wird.

Nicht aber, wenn es natürlich im Gestein vorkommt. Das ist es nicht verboten. Da kann es durchaus höher sein und daher braucht es bundeseinheitliche Regelungen, um das zu regeln.

Ich sage auch ganz bewusst in diesem Kreis: Man soll sich nicht diesen „Internetschwurbler“ hingeben. Man soll auch nicht auf die Leugner hören. Es sind weder die einen, die in das Extreme gehen, noch die anderen, die in das Extreme gehen.

Man soll seriös wissenschaftlich begleitet abarbeiten. Das macht die Taskforce. Das macht die Burgenländische Landesregierung und die Bevölkerung kann sich auch darauf verlassen, dass diese Landesregierung verantwortungsvoll handelt.

Den Betrieben, den Arbeitsplätzen und natürlich der Gesundheit der Burgenländerinnen und Burgenländer gegenüber. Sachlich, wissenschaftlich begleitet, dass sie alle notwendigen Schritte setzen, darauf können sich die Burgenländerinnen und Burgenländer verlassen, denn es geht um das wichtigste Gut: Die Gesundheit der Burgenländerinnen und Burgenländer.

Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Landtagsabgeordneter Margit Paul-Kientzl das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Margit Paul-Kientzl (GRÜNE): Vielen Dank Frau Präsidentin. Sehr geehrte Landesregierung! Kollegen und Kolleginnen! Liebe ZuschauerInnen auf den Bühnen und vor dem Stream!

Die Asbestfunde die letzten Wochen haben natürlich für Verunsicherung gesorgt - bei der Bevölkerung, bei den Menschen und es ist verständlich.

Verständlich ist allerdings nicht, Herr Kollege Strobl, dass Sie sich herstellen und sagen, die GRÜNEN haben da irgendwie die Existenzberechtigung verloren. Die GRÜNEN haben ihre Werte verloren. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Absolut!)*

Wir machen keine Parteipolitik, aber genau das haben Sie am Anfang nämlich, nur reine Parteipolitik. Es tut mir leid. Da bin ich echt enttäuscht von Ihnen, weil ich Sie eigentlich schon als einen Menschen kenne, der sachlichen Argumenten nicht abgeneigt ist. Das war das Erste. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

Das Nächste, was ich sage, *(Abg. Bernd Strobl: Verbogen habe ich mich noch nicht! Ich bin immer zu dem gestanden, was ich gesagt habe.)* die Existenzberechtigung haben Sie uns abgesprochen, *(Abg. Bernd Strobl: Verbogen habe ich mich nicht! Das sei Ihnen ins Stammbuch geschrieben.)*, das ist schändlich.

Gut, gehen wir weiter. Tun wir die Situation vielleicht aufklären und einordnen.

Es gibt diese Grenzwerte von denen wir jetzt schon mehrmals gehört haben. Diese Grenzwerte betreffen aber nur den Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutz. Das sind diese 10.000 Fasern pro Kubikmeter, die im Jahr 2021 heruntergesetzt worden sind.

Was es aber nicht gibt ist, dass es für die übrige Bevölkerung, für Asbeststeine, die geogen, also in der Natur, vorkommen, Grenzwerte gibt. Das gibt es einfach nicht. Das ist hier eine Lücke, die diese Causa jetzt einmal zum Vorschein gebracht hat. Das ist gut. Das ist gut, dass es Greenpeace aufgedeckt hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist gut, dass es unsere Amtssachverständige mit Proben festgestellt hat. Aber, hier gibt es aber Unterschiede. Hier gibt es gesetzliche Lücken und die müssen wir schließen. Das ist die Aufgabe der Politik. Hier voranzugehen und diese Lücken zu schließen zum Schutz der Bevölkerung, der Bürgerinnen und Bürger. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

Die Bezirkshauptmannschaft hatte eigentlich keine andere Möglichkeit. Es gibt hier das Vorsorgeprinzip. Man weiß nicht. Schadet es? Schadet es nicht? Was sind die Grenzwerte? Man muss das erst erforschen und dokumentieren und dann gibt es eben diesen Mandatsbescheid, der eben sagt, wenn Gefahr in Verzug ist, dann muss man Sicherheitsmaßnahmen treffen und das passiert.

Es ist hier eigentlich, kann man nicht sagen, dass sie nicht gehandelt hätten. Im Gegenteil. Was sie also brauchen, ist ein Gesamtsystem an gesetzlichen Regelungen, nicht eine Novellierung eines einzelnen Gesetzes, weil, diese Materie erstreckt sich auf verschiedene Gesetze und dass muss man uns immer wieder vor Augen halten. Die Taskforce, wo sie sagen, sie brauchen flächendeckende Messungen.

Die Taskforce, wir haben es schon mehrmals gehört, ist besetzt mit den hochkarätigsten Menschen, die sich mit dieser Thematik auseinandersetzen können. Das ist aber auch hochkarätig, aber auch mit Menschen und Verantwortungsträgern aus der Landesverwaltung und mit unserem Umwelt... *(Abg. Robert Hergovich: Anwalt!)* Genau Umwelthanwalt.

Also, hochkarätige Besetzung und ich würde mal meinen, wir können diesen Menschen vertrauen. Es sind unabhängige Wissenschaftler aus verschiedenen Wissenschaftsbereichen dabei.

Die werden nicht ihren guten Namen aufs Spiel setzen, damit sie im Burgenland da irgendjemanden einen Gefallen tun.

Hier ist ein Team am Werk, das weiß, was es tut, das bedächtig jeden Schritt nach dem anderen setzt und vor allem eines nicht macht: Keine Panik. Sondern sachlich gerechtfertigt und wissenschaftsbasiert arbeitet.

Das Team sagt ganz klar, Herr Klubobmann Strobl: Eine flächendeckende Messung im Burgenland, das ist nicht sinnvoll. Diese Ergebnisse bringen keine wissenschaftlichen Werte, sie bringen auch keine medizinisch verwertbaren Daten.

Was wir brauchen sind eine Reihe von Messungen an Orten, die sich aus Hinweisen ergeben, wo man nachschauen muss oder aus, von der Geologie schon alleine dadurch zur Untersuchung gegeben. Wenn dort geologische Vorkommen sind oder wo Verdachtsmomente sind. Dort ist es sinnvoll zu messen.

Aber, auch nicht Einzelmessungen, sondern eine Reihe und auch zu verschiedenen Witterungsbedingungen. Das heißt, sie haben dann kumulative Daten und die geben wissenschaftlich basierte Erkenntnisse.

Die Taskforce arbeitet also wissenschaftlich und risikobasiert und das ist auch der einzig richtige und gangbare Weg.

Noch kurz zur Rechtslage. Den Arbeitnehmerschutz habe ich schon erwähnt. Dieses Thema ist eben nicht nur im Arbeitnehmerschutzrecht verankert. Es gibt das Chemikalienrecht. Asbest ist auch ein Industrieprodukt. Da ist es geregelt. Es darf ja nicht mehr verkauft werden, nicht in den Verkehr gebracht werden - als Industrieprodukt.

Im Abfallrecht ist es als gefährlicher Stoff, ein gefährliches Material gekennzeichnet. Das heißt, wenn man dieses Material von irgendwo wegbringt, muss man auch gewisse Normen einhalten, Sicherheitsvorkehrungen treffen. Man kann nicht einfach so mit der Schaufel hingehen und das irgendwo auf einen Anhänger schaufeln und weg damit. Da gibt es ganz genaue Vorschriften, die einzuhalten sind.

Natürlich gibt es auch noch das Bergrecht und das Mineralrohstoffgesetz und diese ganzen Materien müssen zusammenwirken. Das heißt, wir haben hier einen Fleckerlteppich an Rechtsnormen. Was wir brauchen ist ein stringentes Gesamtsystem.

Deswegen steht in unserem Abänderungsantrag auch, dass wir da auch mit dem Bundesministerium zusammenarbeiten müssen. Wir, als Land, können das alleine gar nicht klären, aber, natürlich ist genau das unsere Intention, dass wir hier eine konsistente Regelung finden.

Was noch wichtig ist zu erwähnen, ist die Rolle der Gemeinden. In meiner eigenen Gemeinde, Sie haben es erwähnt, in Winden am See, wurde am Wochenende auch ein Asbestvorkommen am Bahnhof entdeckt. Das war überraschend. Man hat im Nordburgenland eigentlich nicht damit gerechnet, dass es auch dort zu diesen Ausbringungen gekommen ist.

Am Bahnhof wurden tatsächlich sehr schnell die Steine abgedeckt und gesichert, ist aber noch nicht entfernt worden. So ist es wieder nicht. Das ist auch richtig so. Ich hoffe doch, dass die ÖBB sich mit den Vertretern der Taskforce in Verbindung setzen und sich mit denen austauschen, was genau zu tun ist, weil wenn die jetzt da anfangen, Staub

aufzuwirbeln, wird das wahrscheinlich auch nicht in unserem Sinne und zum Schutz der Gesundheit sein.

Auch hier: Es ist nichts gewonnen, wenn man mit Hektik und nur einfach um Publicity zu machen hier Maßnahmen setzt.

Im Übrigen: An den Herrn Bürgermeister möchte ich mich auch wenden. Wir haben noch einige andere mögliche Vorkommen. Auch hier muss man schauen - und nicht nur bei der ÖBB.

Wir haben auch von Bürgerinnen und Bürgern Zuschriften bekommen, die uns auch fragen, wie es in der Gemeinde und in jener Gemeinde ausschaut. Wissen wir was?

Es gibt wirklich diese Verunsicherung. Daher rufe ich alle Bürgermeister im Burgenland auf, dass sie ihrer Bevölkerung klar und transparent kommunizieren. Wo gibt es solche Vorkommen? Wo kann es solche geben? Was sind die Maßnahmen? Und, dass sie sich für weitere Maßnahmen an die Taskforce wenden können. Das ist Transparenz.

Damit nimmt man auch die Verunsicherung in der Bevölkerung weg und zeigt, dass man mit dem Land gemeinsam an einem Strang zieht. Klar ist aber auch, dass wir uns über die Entfernung dieses Materials Gedanken machen müssen, weil Streusplitt zu entfernen wird sehr aufwendig werden, wenn man es fachgerecht macht.

Da kommen sicher Kosten auf uns zu und da möchte ich schon auch ersuchen: Die Gemeinden sind sehr belastet. Da dürfen wir diese nicht im Stich lassen. Vielen Dank.
(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Markus Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Danke schön Frau Präsidentin. Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Eingangs darf ich festhalten, dass ein Sonderlandtag ein parlamentarisches Mittel dazu ist, um ein Thema, das einem wichtig erscheint, in den Vordergrund zu rücken und dass dieses Thema explizit auch behandelt wird.

Das tun wir als ÖVP. Wir nehmen diese Verantwortung in vielen Bereichen wahr. Auch in diesem Bereich. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn man annähernd jeden Tag in der Zeitung Meldungen über neue Funde, über Untersuchungen et cetera liest, dann wird man als Politiker sensibel, dann wird man in der Bevölkerung sensibilisiert und man wird verunsichert.

Ich würde mich sehr davor hüten, wenn ich vom Rednerpult aus einen Sonderlandtag, ein parlamentarisches Mittel des Hohen Hauses als Theater abtue.

Gerade bei einem Thema, das möglicherweise gesundheitsgefährdend sein kann, wo Untersuchungen laufen, wo Aufklärungsbedarf ist und wo nach wie vor einfach eine große Informationslücke besteht.

Man muss festhalten, dass im Juni des vorigen Jahres ein Negativbescheid der Bezirkshauptmannschaft Oberwart ausgestellt worden ist. Und wenn man so tut als hätte man sofort in der Sekunde gehandelt, so ist das evident, dass das nicht passiert ist.

Steinbrüche wurden Anfang Jänner geschlossen. Die Taskforce wurde im Jänner eingesetzt. Also ein halbes Jahr danach, als die eigene Bezirkshauptmannschaft, die der Landesregierung untersteht, einen Negativbescheid ausgestellt hat.

Und offensichtlich hat es auch die Jahre zuvor Informationen, Meldungen, Untersuchungen gegeben. Und wenn davon gesprochen wird, dass man Vorkommnisse aus dem Jahr 2008 sich selber noch einmal genau anschauen soll, dann darf ich Sie trotzdem darauf hinweisen, wer war in dieser Zeit Gesundheitslandesrat? Wer war für die Gesundheit im Burgenland zuständig? Was sind weiters für Maßnahmen gesetzt worden?

Und irgendwo ist diese ganze Diskussion heute bis zum jetzigen Zeitpunkt schon sehr kontrovers. Wenn man sagt, man muss aufpassen bei Schuldzuweisungen. Ja, das ist richtig, aber man muss genauso aufpassen, wenn man ein Schutzschild vor Verantwortungsträgern stellt, wo man nicht genau weiß, ob dieses Schutzschild am Ende des Tages standhält.

Weil wenn man sich heute die Wortmeldungen anschaut seitens der SPÖ und dann seitens der GRÜNEN, ebenfalls Regierung im Burgenland, na, dann ist das schon ein bisschen kontrovers. Zum einen haben wir gerade gehört, in Winden am See wurde anscheinend die Taskforce angerufen - wenn ich das richtig wiedergebe - und dann sind die Maßnahmen gesetzt worden.

Der Herr Spitzmüller hat vorher gemeint, wenn es unbehandelt irgendwo ist oder im Steinbruch selbst, ist es unbedenklich. Aber wenn ein Auto drüberfährt, wenn ein Traktor drüberfährt, wenn das Gestein bewegt wird, dann ist es sehr wohl wahrscheinlich gesundheitsgefährdend.

Die Regierungspartei der GRÜNEN hat ebenfalls gemeint in der Wortmeldung, und ich gebe nur wieder, dass es eigentlich den Worten folgend ganz sicher dieser Streusplitt entsorgt werden muss. Und wenn wir den nicht mit der Kehrmachine aufkehrt, dann bin ich schon gespannt, wie man das dann macht. Mit welchen Maßnahmen dieser Streusplitt, dieser Asbeststreusplitt dann entfernt wird, abgesehen, wo er entsorgt wird. Aber wie entfernt man den?

Und dass hier abermals eine, ich sage einmal eine fast nahestehende Organisation der Greenpeace wieder verniedlicht und sagt, na ja, das ist ja alles gar nicht so und das muss man nicht immer gleich so streng sehen, das finde ich mehr als bemerkenswert. Denn würden Sie noch auf der Oppositionsbank sitzen, dann wäre schon einiges los. Und selbst Sie haben ja gesagt, dass Sie das problematisch finden, wenn dieser Schotter aufgebracht wird auf Wege.

Dann sieht man auf einmal von einer Regierungspartei SPÖ einen Zeitungsartikel, wo darauf hingewiesen wird, dass auf einmal die Gemeinde schuld wäre daran. Also wenn die Behörde, die Genehmigungsbehörde eines Steinbruchs, die Bezirkshauptmannschaft respektive die Landesregierung, die Überwachung eines Steinbruchs und deren Abbau die Bezirkshauptmannschaft respektive die Landesregierung, wenn die Kontrolle dessen, die Bezirkshauptmannschaft über oder respektive die Landesregierung und auch die Schließung eines Steinbruchs die BH überhat, respektive die Landesregierung, dann frage ich mich, wo muss man Schuldige suchen?

Und man muss noch keine Schuldzuweisungen machen, insofern, sondern das was heute gefordert wurde, auch seitens der ÖVP, ist Aufklärung. Aber nicht nur im Sinne der Gesundheitsgefährdung - das an oberster Stelle, ganz klar - sondern auch der

Herangehensweisen, der Zeitpunkte, wann etwas für welche Handlung gesetzt worden ist, oder aber auch die Personen, die hier Verantwortung tragen.

Mag ein Zufall sein, dass die Muttergesellschaft ein Aufsichtsratsmitglied hat, das im Land Burgenland auch eine sehr große Rolle spielt. Das mag ein Zufall sein, wenn man sich die Struktur anschaut der Firmen, die da beteiligt sind bei den Steinbrüchen, eine relativ große Verflechtung darstellen. Und ich bin schon der Meinung, dass zu dieser Aufklärung in ganz erster Linie natürlich alles im gesundheitlichen Bereich passieren muss und in weiterer Folge aber natürlich auch in der Verantwortung dazu.

Und wenn das alles kein Problem ist, von dem Sie ja ausgehen, dann sehe ich auch kein Problem, warum man hier nicht eine Datei offenlegt mit allen Verantwortungsträgern, vom Aufsichtsrat bis zur Genehmigung, mit allen möglichen Verflechtungen, in allen Richtungen, dann kann ja das wohl kein Problem sein.

Das heißt in erster Linie, das ist, was wir heute auch einfordern und auch dieses starke Signal des Sonderlandtages heute auch nutzen wollen, ist jenes, dass hier nicht man sich zufrieden gibt, dass man sagt, man hat eine Taskforce eingerichtet und dann werden wir auf die Ergebnisse warten, sondern dass man Schritte setzt, die Bevölkerung nicht weiter im Unklaren zu lassen, dass man Schritte setzt, wie eine mögliche - der Kollege Spitzmüller der Regierungspartei der GRÜNEN hat ja das angesprochen - wie man dann weiter mit dem Thema umgeht.

Sie gehen ja davon aus - und heute im Protokoll ja auch nachzulesen - dass eine Entsorgung stattfinden muss. Und wenn Sie heute schon davon ausgehen, ohne noch nähere Details der Taskforce haben zu können, wie Sie selber sagen, dann kann ich ja heute der Bevölkerung schon sagen, was wir eigentlich für nächste Schritte setzen wollen. Dann kann ja das nicht das Problem sein. Somit nehme ich auch einen Teil der Angst und der Verunsicherung der Bevölkerung. Und das muss das oberste Ziel sein.

Aber es gehört auch dazu, dass man auch offenlegt, alles was in dieser Causa miteinander zu tun hat. Wo welche Firmen welche Anteile haben, wo welche Aufsichtsräte sitzen, von der Holding angefangen bis zur Eigentümerfirma. Und wann hat wer was gewusst. Und da können wir auch bei 2008 anfangen. Damit habe ich gar kein Problem. Wir sind ja interessiert an dieser Aufklärung und dem Umgang mit der Information. Seit wann wusste man effektiv, dass es gesundheitsgefährdend ist?

Das sind die Fragen, die die Bevölkerung beschäftigen und das sind die Dinge, die wir heute verstärkt hinterfragen wollen. Und diese Antwort werden wir nicht nur heute einfordern, diese Antworten werden wir auch in Zukunft einfordern, wenn Sie als Regierung Ihrer Verantwortung nicht nachkommen.

Und offensichtlich ist Ihnen das Tempo gerade gut genug. Uns geht es zu langsam. Wir glauben, dass die Bevölkerung und vor allem die Gesundheit unserer Burgenländerinnen und Burgenländer so weit oben steht, dass es weitaus schneller gehen muss, dass man weitere Maßnahmen setzen muss, in den Regionen, in den betroffenen, wo man hier Aufklärung betreibt.

Und diese Aufklärung werden wir in Zukunft einfordern. Für das stehen wir, auch für starke Oppositionspartei hier im Landtag. Und wir werden weiterhin, ob mit Sonderlandtag oder mit anderen parlamentarischen Mitteln, hinter der Bevölkerung im Burgenland stehen, damit sie nicht weiter verunsichert wird, damit sie keine Gesundheitsbedenken mehr haben muss und damit hier auch Aufklärung betrieben wird.

In dem Sinne fordere ich Sie hiermit nochmals auf, nehmen Sie das Heft des Handels in die Hand und machen Sie Ihre Arbeit, für die diese Regierung hier auch steht.
(Beifall bei der ÖVP)

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Klubobmann Christian Ries das Wort. Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Werte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, uns und wahrscheinlich auch Ihnen, uns geht es so, dass wir keinen Spaß verstehen, wenn es um die Gesundheit der Bevölkerung geht. Da kennen wir keine Kompromisse, wollen keine unbegründeten Relativierungen hören und dulden keine Spielräume.

Aber genau so gilt das für so wichtige Fragen in Sachen Alarmismus. Und das ist ein Problem, das uns begegnet ist in dieser Frage. Alarmismus, teilweise glaube ich politischer Inszenierung durch unwissenschaftliche Fakten, die uns als Fakten präsentiert wurden. Genau darum ging es.

Ich bin Freitag, Samstag, Sonntag letzte Woche auf der Baumesse in Oberwart gestanden mit meinem Beratungsteam der Polizei. Aber zwei von drei Gesprächen haben sich alleine um Asbest gedreht. Und ich glaube, dass es nicht nur bei mir am Stand so war, ich glaube, das war der allgemeine Tenor. Da sieht man die Beunruhigung, die in die Bevölkerung getragen wurde.

Aber gehen wir zunächst einmal zu den nüchternen Fakten. Die Rechnitzer Einheit oder das Rechnitzer Fenster ist ja kein Phänomen, das neu bekannt wurde. So eine Gesteinsschichtung, wo Serpentin und Grünschiefer enthalten sind, dieses Gestein ist 140 bis 190 Millionen Jahre alt, älter zum Teil als die Gesteinsschichten der Alpen. Und den Geologen ist das bekannt. Das steht auch in Lehrbüchern.

Beide dieser Materialien enthalten fasrige Mineralien, asbestförmige Stoffe. Das ist kein Skandal, das ist einfach angewandte Geologie. Das ist so. Und die nächste Feststellung, die man treffen muss, diese Gesteine werden bei uns seit Generationen genutzt. Das war normal. Man baut mit dem, was man in der näheren Umgebung hat. Bei uns ist das Sandstein um den Neusiedler See, dort unten war es dieses Gestein. Und es wurde und wird verwendet für Straßen- und Wegebau, für Hausbau, für Wasserbau, als Bestandteil in Beton. Kurzum, es wurde überall als Baumaterial verwendet.

Und was Greenpeace hier gemacht hat, ist keine Entdeckung, kein irgendein spektakulärer Akt, der hier gesetzt wurde, das ist ebenso wenig spektakulär, wenn ich sagen würde, Eis ist gefrorenes Wasser. Bitte schön, das weiß man. Das war auch bei uns bekannt, dass hier Asbeststoffe vorhanden sind.

Und trotzdem wurde durch diese fehlerhaften Probeentnahmen Panik in die Region getragen. Asbest im Gestein und Asbest in der Atemluft sind eben nicht dasselbe. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Die Wissenschaft sagt ja auch klar, im Gestein oder in anderen Stoffen gebundene Asbestbestandteile sind nicht automatisch auch gesundheitsgefährdend. Es kommt auf die relative Konzentration in der Atemluft an.

Aber von dem hat Greenpeace nicht gesprochen. Und es stellt sich mir und auch anderen die entscheidende Frage, dass wir das beurteilen können, wo sind denn die belastbaren Luftmessungen von Greenpeace? Wo sind die dokumentierten Grenzüberschreitungen? Wo liegt der Beweis einer konkreten Gefährdung?

Das hat Greenpeace nämlich nicht gemacht, das wäre aber zu machen gewesen. Greenpeace ist hergegangen, hat bekanntes Gestein analysiert, das Geologen schon

lange so kennen. Greenpeace hat beunruhigende Bilder in die Welt geschickt und Alarm geschlagen.

Aber was Greenpeace nicht gemacht hat, wären systematische und normgerechte Luftmessungen gewesen. Auch unter Vollbetrieb der Steinbrüche, damit man sich ein konkretes Bild machen kann. Dadurch wurde bewusst oder unbewusst das Bild einer akuten Gesundheitsgefährdung für die Bevölkerung erzeugt. Das ist keine sachliche Aufklärung. Das ist aktivistischer Alarmismus.

Hier beginnt auch die Verantwortung der Landesregierung. Denn Sie haben bislang verabsäumt, diesen Alarmismus klar einzuordnen. Man hat sich in dieser Frage, so meinen wir, auffallend zurückhaltend gezeigt. Hier wäre es wichtiger gewesen, klare Kante zu zeigen.

Werte Damen und Herren! Die Bevölkerung wartet aber auf Ihre Ansagen und auf Taten die dem folgen. Die da sein können, wir prüfen faktenbasiert. Und überlegen Sie, wenn Sie schon im Vorjahr mit den Messungen begonnen hätten, mit konkreten Messungen, hätten Sie Greenpeace sämtlichen Wind aus den Segeln nehmen können. Das haben Sie verabsäumt.

Die Bevölkerung erwartet sich, dass die Landesregierung sagt, wir messen, prüfen faktenbasiert, aber lassen uns nicht treiben. Wir schützen eure Gesundheit, wir schützen aber auch die Arbeitsplätze in der Region vor unbegründeter Verunsicherung.

Diese Klarheit, die gibt es momentan nicht. Ich habe Ihnen schon gesagt, ich war auf der Oberwarther Messe Thema Nummer eins. Und ich nehme nicht an, dass sich in den letzten zehn Tagen daran irgendwas geändert hat. Die Folge des Ganzen ist jetzt, es gibt ein Sonderzahl verunsicherte Menschen, stigmatisierte und gesperrte Betriebe, dadurch gefährdete Arbeitsplätze und ein wachsendes Misstrauen gegenüber staatlichem Krisenmanagement, das ohnehin schon seit Corona angeschlagen ist.

Und ich sage es noch einmal deutlich, Gesundheitsschutz ja, und das kompromisslos, aber auch Schutz vor Panikmache durch NGOs. Daher fordern wir immer noch die vollständige Offenlegung aller bisherigen Messungen, unabhängige, normgerechte Luftanalysen, transparente Darstellung, ob diese Grenzwerte überschritten wurden oder auch nicht. Über einen längeren Zeitraum wohl gemerkt.

Wurden diese Grenzwerte überschritten, dann ist sofortiges Handeln angesagt. Wurden sie aber nicht überschritten, dann erwarten wir uns auch den politischen Mut, das klar auszusprechen und dann die Verantwortlichen, und hier meine ich Greenpeace, zu adressieren.

Fakten sammeln hat mit Aktivismus nichts zu tun. Unserer Meinung nach muss es sein, erst messen, dann bewerten, dann handeln. Das wäre ein vernünftiges Handeln. Das hat sich die Bevölkerung auch erwartet und darf sich auch erwarten. Danke. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Hutter. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Werte Mitglieder der Regierung! Werte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses! Vor allem aber auch die Anwesenden heute hier! Und sehr geehrte Burgenländerinnen und Burgenländer, die uns heute hoffentlich hier noch zuhören!

Das Thema der heutigen Sonderlandtagssitzung „Asbestfunde im Burgenland: Dringender Handlungsbedarf zum Schutz der Bevölkerung“. Wir haben es heute mehrfach

schon gehört. Wenn wir uns jetzt zurückerinnern hatten wir vor knapp zwei Wochen in der 13. Landtagssitzung einen Dringlichkeitsantrag zur gleichen Thematik.

Da stand in der Begründung: Asbestgefährdung. Unverzögliche und flächendeckende Untersuchung der Luftasbestbelastung an öffentlichen Plätzen im Burgenland. Heute haben wir das gehört, ist das, was gefordert wurde vor 14 Tagen der ÖVP schon wieder viel zu wenig. Mit Luftmessung alleine werden wir das nicht gewinnen.

Und, sehr geehrter Herr Kollege Wiesler von der FPÖ, Deine Rede heute - und für alle die, die aufgepasst haben - das war ja sowieso die Quadratur des Kreises. Wie man das schaffen kann, ist für mich eigentlich nicht nachvollziehbar. *(Beifall bei der SPÖ und bei den GRÜNEN)*

Werte Kolleginnen und Kollegen! Was ist denn bis dato bei den betroffenen Steinbrüchen beziehungsweise bei den betroffenen Plätzen geschehen? Mit Beginn des Jahres wurden Steinbrüche geschlossen, Gesteinsproben wurden in allen Steinbrüchen genommen, Experten aus allen relevanten Bereichen wurden zu Rate gezogen und zu Hilfe geholt. Luftmessungen wurden nicht nur bei den Steinbrüchen, sondern auch bei vielen anderen, mitunter auch von Greenpeace eingemeldeten Stellen durchgeführt.

Diesbezüglich zu erwähnen ist, dass die Arbeitsplatzgrenzverordnung mit 01.01.2026 um das Zehnfache reduziert wurde. Da gibt es eine Novellierung, da steht drinnen, mit 1. Jänner 2026 ist in Österreich die Novellierung Grenzwertverordnung in Kraft getreten. Eine der zentralen Änderungen betrifft den Arbeitsplatzgrenzwert für Asbest, der von bisher 0,1 auf 0,01 Fasern pro Kubikzentimeter Atemluft gesenkt wurde. Damit gelten nun zehnmals strengere Anforderungen für Tätigkeiten mit asbesthaltigen Materialien.

Ja, es gab bis jetzt Messungen, die über den neuen, stark reduzierten Grenzwerten lagen. Aber es gab auch Messungen, die null Belastungen aufgewiesen haben. Werte Kolleginnen und Kollegen der ÖVP! Der Landesregierung, dem Landeshauptmann, den Betreibern der Steinbrüche, den Behörden hier Untätigkeit vorzuwerfen und gleichzeitig die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die betroffene Bevölkerung derart mit Halbwissen zu verunsichern, ist schlichtweg verantwortungslos. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Beifall bei der SPÖ und bei den GRÜNEN)*

Vor allem hatten wir, wie eingangs bereits erwähnt, vor knapp zwei Wochen bereits einen Dringlichkeitsantrag der ÖVP. Bereits davor und auch bis heute ist, wie gesagt, sehr viel in diese Richtung geschehen. *(Zwiegespräche bei den Abg. Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Dr. Roland Fürst und Mag. Thomas Steiner)*

Sehr geehrte Burgenländerinnen und Burgenländer! Niemand, niemand, von den Verantwortlichen, sei es die Politik, seien es die Behörden oder die Betriebe, die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer dort, nehmen diese heikle Asbestthematik auf die leichte Schulter. Sie können sich darauf verlassen, dass alles unternommen wird, um diesbezüglich so schnell wie möglich Sicherheit für alle Beteiligten gewährleisten zu können unter der Prämisse - das haben wir heute auch schon gehört - Sachlichkeit, Seriosität und wissenschaftlich begleitet.

Die Verunsicherung, die Verärgerung, das Misstrauen, die Angstmache schürt Ihr, werte Kolleginnen und Kollegen der ÖVP. Daher darf ich nun unseren Abänderungsantrag einbringen und die Beschlussformel vorlesen:

Der Landtag hat beschlossen: Der Burgenländische Landtag bekennt sich zu den unmittelbar gesetzten Maßnahmen der Burgenländischen Landesregierung, insbesondere

zur Einsetzung der Taskforce, Vorsorgeabklärung Luftqualität sowie zur Veranlassung der Luftmessungen und Gesteinsproben.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, sofern sich auf Basis der wissenschaftlichen Analyse der Ergebnisse weitere Handlungsbedarfe ergeben, in Abstimmung mit den zuständigen Ministerien und im Rahmen der geltenden Rechtslage die erforderlichen weiteren Maßnahmen zu veranlassen.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge die bestehende Rechtslücke im Zusammenhang mit dem Umgang mit asbesthaltigen natürlichen Materialien schließen, um einen österreichweit einheitlichen Rechtsrahmen zu schaffen.

Danke. *(Beifall bei der SPÖ und bei den GRÜNEN - Der Abgeordnete übergibt der Präsidentin den Abänderungsantrag)*

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Vielen Dank Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Wolfgang Spitzmüller, Kolleginnen und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung miteinbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Hans Unger das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Hans Unger (ÖVP): Danke schön Frau geschätzte Präsidentin. Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Werte Zuseher und Zuhörer hier auf den Tribünen! "Griaß Eich olle miteinander!"

Ja, Asbest. Ein Wort, von dem viele von uns geglaubt haben, es gehöre der Vergangenheit an. Leider ist es Realität im Jahr 2026 und das mitten im Südburgenland. Wir erinnern uns alle an den Dezember des Vorjahres. Über Nacht wurden plötzlich vier Steinbrüche geschlossen. Ohne Vorwarnung, ohne transparente Information und ohne Einbindung der Gemeinden. Der Grund, massive Asbestbelastung, teilweise ein Vielfaches über den Grenzwerten.

Und natürlich stellen sich die Menschen Fragen. Wie kann das sein? Und warum so plötzlich? Und warum hört man gleichzeitig, dass dieses Problem offenbar schon seit Monaten bekannt war? Genau deshalb ist dieser Sonderlandtag nicht nur sinnvoll. Er ist auch überfällig. Denn eines ist klar, es ist unsere Aufgabe als Politiker, Sorgen ernst zu nehmen und Verantwortung einzufordern, nicht zu beschwichtigen und schon gar nicht zu vertuschen.

Und ja, es geht möglicherweise auch um massives Behördenversagen und um viel zu späte Information an die Bevölkerung. Denn wenn Vertrauen verloren geht, entsteht Unsicherheit. Und gleichzeitig, und das sage ich auch genauso klar, hilft uns auch kein Aktivismus mit dem Megaphon weiter, denn dieser ersetzt keine Fakten.

Und, lieber Herr Kollege Hergovich, die ÖVP will hier definitiv kein politisches Kleingeld wechseln. *(Abg. Roman Kainrath: Na!)* Und wir haben es gehört, es war in der letzten Landtagssitzung, da wurde dieses Thema auch schon behandelt. Aber es war Ihr Koalitionspartner, der Herr Klubobmann Spitzmüller, der dabei sehr medienintensiv und medienwirksam einen Stein hervorgeholt hat, um sich hier in Szene zu setzen und dieses Thema bei den Medien weiter aufrechtzuerhalten.

Lieber Herr Kollege Spitzmüller - und ich muss es wiederholen - seitdem die GRÜNEN in der Regierung sind, hat es offenbar eine 180 Grad Drehung gegeben, darfst

Du deine Standpunkte in Sachen Umweltschutz nicht mehr nach außen vertreten. Du kritisierst Greenpeace und sprichst wortwörtlich von Panikmache, siehe den Krone Artikel.

Du warst auch zuletzt sehr präsent in den Medien, wie ich schon gesagt habe, in Krone- und im Servus-TV. Und viele andere haben berichtet. Du sagst, es geht Dir um Aufklärung und nicht um Panik. Aber was Du öffentlich behauptest, ist in wesentlichen Punkten schlicht falsch.

Du behauptest, die Gemeinde Oberschützen hätte Deine private Hauszufahrt mit asbesthaltigem Material geschottert und Deine Kinder hätten dort gespielt. Das stimmt nicht Wolfgang. Es handelt sich nicht dabei um Deine private Hauszufahrt, sondern um einen öffentlichen Gemeindeweg. Diesen haben wir nur auf Dein eigenes mehrmaliges Verlangen dann geschottert. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ-Abgeordneten)*

Und wir als Gemeinde Oberschützen haben den verwendeten Schotter im guten Glauben auf Basis behördlicher Freigaben bezogen, so wie viele andere Gemeinden natürlich auch. Aber wir haben auch daran gedacht, diesen Weg zu asphaltieren, haben aber davon abgesehen, sonst hättest Du Dich, lieber Herr Kollege Spitzmüller, sicher wegen der Bodenversiegelung wieder beschwert. *(Heiterkeit in den Reihen der ÖVP-Abgeordneten)*

Also wie es aussieht, kann man es Dir nicht recht machen. Aber vielleicht ist es das Beste, wir bauen den Weg zurück und Du fährst in Zukunft auf einem Hohlweg zu Deinem Haus zu. Und genau da liegt der springende Punkt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Doris Prohaska: Das ist ja lächerlich!)*

Wenn es hier ein Fehlverhalten gab, dann liegt die Verantwortung dort, wo geprüft, kontrolliert und freigegeben wird. Und das sind nicht die Gemeinden, denn diese sind nicht die zuständige Behörde. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ-Abgeordneten)* Die Gemeinden müssen sich auf die zuständigen behördlichen Kontrollen verlassen können.

Wer jetzt, liebe Frau Kollegin Paul-Kientzl, die Gemeinden öffentlich an den Pranger stellt, lenkt vom Versagen auf anderer Ebene ab. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das hat sie ja nie gemacht!)* Wie konnte belastetes Material überhaupt in Umlauf kommen? Wer wusste wann was? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Robert Hergovich: Die Maske ist gefallen!)*

Was wir jetzt brauchen, sind keine Schlagzeilen, sondern Fakten, keine Empörung, sondern Verantwortung. *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Das ist peinlich!)* Deshalb haben wir in Oberschützen auch sofort gehandelt. Wir haben umgehend eine Luftmessung im gesamten Gemeindegebiet beantragt, die auch schon durchgeführt wurde. Die Ergebnisse sind noch offen. Aber nicht, weil wir Angst schüren wollen, sondern weil wir Klarheit schaffen müssen. Wir brauchen Transparenz und Sachlichkeit. Die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger steht über allem.

Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen wir die Expertinnen und Experten arbeiten, aber geben wir ihnen auch die politische Konsequenz, die sie brauchen. Diese Taskforce und Informationen hätten früher kommen müssen. Und die Gemeinden hätten von Anfang an eingebunden werden müssen, ohne dass ihnen irgendwelche Schuld zugewiesen wird.

Aus dieser Krise müssen wir endlich lernen. Nun braucht es strengere und engmaschigere Kontrollen, schnellere Verpflichtung, verpflichtende Informationen der Gemeinden und der Bevölkerung, klare Verantwortlichkeiten ohne Wegducken und nicht den Gemeinden den schwarzen Peter zuschieben. Und volle Transparenz, auch wenn es unangenehm wird.

Denn, eines dürfen wir nie vergessen, Gesundheit ist keine Parteifrage, Gesundheit ist keine Ideologie, Gesundheit ist unsere gemeinsame Verantwortung. Lassen Sie uns daher heute nicht streiten, sondern beschließen wir Maßnahmen, die Sicherheit schaffen. Danke schön. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ-Abgeordneten - Beifall bei der ÖVP)*

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Wolfgang Spitzmüller. Bitte Herr Klubobmann.

(Abg. Mag. Thomas Steiner: Jetzt bekommst Du wieder einen Hohlweg! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Lieber Kollege Ulram, wenn Du mich zitierst, bitte dann richtig. Streusplitt habe ich nie behauptet, dass das entfernt werden muss, weil es gesundheitsschädlich ist. Das wissen wir ja bis heute nicht wirklich, wie viele Fasern kommen wirklich in die Atemluft. Das werden wir jetzt sehen.

Was ich gesagt habe, ist, dass Streusplitt muss natürlich entfernt werden, weil der wird jedes Jahr im Frühjahr verwendet, weil den will im Sommer keine Gemeinde liegen haben, logischerweise. Und da haben wir eine Herausforderung. Die werden wir lösen und uns hier an die Fachleute halten.

Lieber, mein lieber Bürgermeister Unger! Also ein bisschen mehr Niveau hätte ich schon erwartet von Dir. Ich habe mit keinem, mit keinem Wort, niemals, die Gemeinde beschuldigt, bei mir problematisches Material aufzutragen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)* Das wäre ja auch lächerlich, weil, ich habe es ja hier ausführlich gesagt, das ist logisch, dass man im Burgenland dieses Material verwendet hat. Das ist tagtäglich passiert. Überall. Auf Schotterwegen, im Streusplitt, auf Hauszufahrten, egal wo.

Ich habe nie die Gemeinde beschuldigt, dass sie da irgendwas falsch gemacht hat. Das war für mich auch ganz klar, sonst hätte ich mich ja aufgeregt. Ich habe mich nie aufgeregt.

Und, es ist heute eh schon gesagt worden, wegen 2008. Dass im Serpentin Asbest vorkommen kann, weiß man seit vielen, vielen, vielen Jahren. Da war FPÖ in der Landesregierung. Da war ÖVP in der Landesregierung. Die ÖVP ist seit ewig in der Bundesregierung. Man hätte genug Zeit gehabt, was zu machen.

Jetzt macht die Landesregierung im Burgenland was und zwar nicht nur, weil Greenpeace was sagt, sondern weil das plötzlich ein Thema war aufgrund einer Behördenaufgabe und jetzt sind wir die Bösen. Das finde ich schon originell.

Warum habt Ihr jahrzehntelang dieses Thema nicht an die Öffentlichkeit gebracht?

Warum habt Ihr nie strengere Gesetze in dem Bereich verlangt?

Das frage ich mich wirklich. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

Das ist ja Kindesweglegung, was Ihr hier betreibt.

Uns jetzt zu beschuldigen, die wirklich hier schnell und zügig gehandelt haben, mit viel Transparenz handeln, ganz klar sagen, was wir gemacht haben, was wir machen werden, schauen, dass die Menschen beruhigt werden mit Aussagen der Fachleute, die ganz klar sagen: Aktuell gibt es kein Problem mit dem Material, das jetzt auf den Straßen liegt. Bei der Witterung zumindest wissen wir das. Alles andere wird man sehen.

Jetzt zu sagen, das ist gesundheitsbelastend oder es ist nicht gesundheitsbelastend ist Kaffeesudleserei. Es braucht Messungen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Heinrich Dorner.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Heinrich Dorner (SPÖ): Geschätzte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Regierungskollegen! Hohes Haus! Sehr geschätzte Gäste! Ein wenig verwundert bin ich schon über die eine oder andere Wortmeldung meiner Vorredner, weil ich in sich nicht ganz den roten Faden erkennen konnte, was der eine oder andere Vorredner mit seinen Ausführungen erzielen wollte.

Zum einen, keine Skandalisierung fordern. Jedem ist natürlich das Thema Gesundheit wichtig. Die Schließung der Steinbrüche für die einen in Ordnung, dann aber nicht.

Ganz klar war mir da bei der einen oder anderen Ausführung nicht, wo man da jetzt genau hinwill.

Ich kann Ihnen berichten, dass wir, so denke ich und das wurde auch oftmals angesprochen heute, sehr rasch reagiert haben. Mit der Gründung der Taskforce und zu einem komplexen Thema auch Experten übergeben haben.

Ich bin auch verwundert, dass wir heute trotz der Wichtigkeit, der Möglichkeit eines Sonderlandtages hier nach zehn, elf Tagen, wo wir das Thema wirklich genau gleich diskutiert haben, hier nochmal hier zu sitzen, ist aber kein Problem, ist ja auch gut und richtig und wichtig so.

Ich möchte erinnern an und ich will es kurzhalten, weil sonst wird es zu kompliziert für die Bevölkerung. Es ist ja darum gegangen, es richtig einzuordnen und auch richtig zu kommunizieren.

Ich kann mich erinnern an die Worte vom Herrn Landeshauptmann bei der Pressekonferenz, als wir die Taskforce vorgestellt haben. Da ist in aller Kürze eigentlich alles gesagt gewesen.

Zum einen, war ich persönlich glücklich über den Zugang, wie Greenpeace hier vorgegangen ist? - Nein.

Nehmen wir Greenpeace und die Vorwürfe ernst? - Ja.

Genau deshalb kam es zu dieser Gründung der Taskforce und der Herr Landeshauptmann hat folgende Worte gefunden:

Wir werden alle Handlungsempfehlungen der Taskforce aufnehmen, sobald Handlungsempfehlungen vorliegen. Das ist ja völlig selbstverständlich und all das, was wir dann auf den Tisch bekommen, werden wir sukzessive auch in Umsetzung bringen, sollte das notwendig sein.

Zum anderen hat er gesagt: Hören wir bitte auf, das Thema zu skandalisieren.

Jede Pressemitteilung, jeder Sonderlandtag, jede Diskussion, wo jeder von sich glaubt, dass er der große Asbestexperte ist, führt nicht unbedingt zum Gegenteil einer Skandalisierung. Das schärft eine Skandalisierung aus meiner Sicht nur noch an. Aber sei es drum.

Glauben Sie mir, wir gehen das Thema sehr professionell an. Ich selbst wusste vor ein paar Wochen auch noch nicht, dass in diversesten Rechtsmaterien hier anscheinend noch Luft nach oben ist.

Ich wusste auch nicht, dass es für den Außenbereich keine Grenzwerte gibt. Deshalb schätzen ja das jetzt auch die Umweltmediziner ein.

Ich wusste auch nicht, dass differenziert wird zwischen Material, wo Fasern zugebracht werden und, aber natürlich aufgebrachten Asbestvorkommnissen.

Das alles ist natürlich jetzt wichtig, dass man gemeinsam mit dem Bund - das ist kein Burgenlandphänomen -, gemeinsam mit dem Bund aufnimmt.

Diese Forderung ist gerichtet an den Bund, dass man hier dementsprechende gesetzliche Materien nachjustiert und schärft, damit man klare Regeln hat, hier auch für die Betriebe, für alle, für die Menschen, für die Bevölkerung eine Planbarkeit und eine Sicherheit hat.

Das ist unser Weg. Der ist aus meiner Sicht sehr professionell und den werden wir auch weiterverfolgen. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Als vorerst letzter Rednerin erteile ich Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Anja Haider-Wallner von der Regierungsbank das Wort.

Bitte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Anja Haider-Wallner (GRUENE): Danke. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Werte RegierungskollegInnen! Sehr geehrte Abgeordnete zum Burgenländischen Landtag! Liebe Burgenländerinnen und Burgenländer, die Sie uns von der Tribüne oder von Zuhause aus zuhören! Es zeigt die Debatte hier im Landtag und die Debatten, die an den Stammtischen, in den Familien, in den Büros, im Freundeskreis, derzeit im ganzen Burgenland und wahrscheinlich auch darüber hinaus stattfinden, dass das Thema Asbest sehr emotional besetzt ist.

Fast jeder hat mittlerweile eine Meinung dazu.

Man hat irgendwelche Videos auf Social Media gesehen. Man hat es in den Zeitungen gelesen. Man verfolgt die politische Debatte.

Das, was sich für mich ganz klar zeigt, ist, es geht darum, ruhig, sachlich und ohne Panikmache vorzugehen.

Wenn Menschen Angst haben müssen, dass sie mit ihrem Neugeborenen das Haus verlassen. Wenn sie nicht mehr schlafen können. Wenn sie sich überlegen müssen, ob sie ihre Kinder auf einem Spielplatz, wo davor vielleicht im Randbereich, wo nie wer drübergeht, Schotter liegt, der potentiell Asbest beinhaltet, dann haben wir unsere Arbeit als Opposition, als Greenpeace und vielleicht auch als Regierung noch nicht richtig gemacht.

Denn diese Angst, die löst auch Gesundheitsschäden aus. Diese Angst, dieses Nicht-Schlafen-Können, auch das ist schlecht für die Menschen und es ist völlig fehlgeleitet.

Auf der anderen Seite. Was passiert durch die Skandalisierung? Natürlich wird auch die andere Seite größer. Diejenigen, die Verschwörungserzählungen haben. *(Abg. Markus Wiesler: Wer hat die?)* Wer sich das mit dem Asbest ausgedacht hat. Die sagen, dass ist eh alles nicht so dramatisch. Wir brauchen keine Schutzkleidung, wenn wir mit Asbest arbeiten. Wir brauchen keine Masken. Das ist alles völlig überzogen.

In dieser Debatte, da kann nichts Fruchtbringendes entstehen.

Da braucht es Sachlichkeit. Da braucht es Wissenschaftlichkeit. Da müssen wir sauber arbeiten und unsere Verantwortung ernst nehmen, und das tun wir, in dem wir eine Taskforce einsetzen.

Ich bin keine Umweltmedizinerin. Ich weiß nicht, ist irgendjemand hier im Saal Mediziner/Medizinerin? Ich glaube nicht. Wir brauchen hier die Menschen, die sich wirklich auskennen.

Ich meine, Sie werden ja nicht ernsthaft, Herr Klubobmann Strobl, sagen, dass Hans Peter Hutter, der ja einen wissenschaftlichen Ruf zu verteidigen hat, sich instrumentalisieren lässt für die Burgenländische Landesregierung, *(Abg. Bernd Strobl: Habe ich das gesagt?)* um hier irgendwas schönzureden. *(Abg. Bernd Strobl: Habe ich das gesagt?)* Das schwingt so ein bisschen mit. *(Abg. Bernd Strobl: Die Fragen stellen sich nur, wer hat wann was gewusst. Was anderes habe ich nicht gesagt.)* Das schwingt so mit, hinter dem, wie Sie hier kritisieren.

Kollege Wiesler, Ihre Rede hat ja ganz klar auch das Dilemma dieser ganzen Diskussion gezeigt. Sie haben sich einmal gedreht, von Steinbrüchen, sind zu Unrecht geschlossen, über Gesundheit und *(Abg. Markus Wiesler: ... passen nicht zusammen. Politische Aufklärung, die erwarten wir uns. Dass gewisse Dinge nicht zusammenpassen.)* das Material entfernen und dann wieder im Kreis.

Das zeigt uns, wie schwierig dieses Thema ist. Ich kann jetzt dazu sagen, was war mein persönlicher Weg in der Funktion mit dem Thema.

Ich habe das erste Mal Anfang Juli davon gehört, dass es Luftmessungen in der Nähe eines Steinbruchs gegeben hat. Auch das ist heute schon gefallen.

Aufgrund eines Erweiterungsansuchens wurden hier Auffälligkeiten vermutet und es gab Luftmessungen. Aber wir leben auch in einem Rechtsstaat und infolge dieser Luftmessungen haben die Steinbruchbetreiber gesagt, das kommt nicht von uns, das kommt woanders her. Daraufhin haben sie gesagt, sie bieten Gesteinsmessungen an. Sie werden die machen und auch der Behörde die Ergebnisse vorlegen.

Diese wurden dann nochmal behördlich überprüft. Das hat seine Zeit gedauert, aber in einem Rechtsstaat hat eben auch ein Steinbruchbetreiber das Recht, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das war im Juli 2008, hat Kollege Hergovich gesagt.)* hier seine Parteistellung geltend zu machen und das kann einem gefallen oder es kann einem nicht gefallen. *(Abg. Robert Hergovich: Juli habe ich nicht gesagt. 2008! - Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, eh. - Abg. Robert Hergovich: Da war ich nicht einmal noch im Landtag.)*

Was ich dazu noch sagen möchte, ist, die Steinbrüche sind dann aufgrund dieser Gesteinsmessungen behördlich geschlossen worden und zwar alle Steinbrüche, wo Proben genommen wurden und wo etwas vermutet wurde.

Es gab auch schon Luftmessungen. Die Luftmessungen sind durch das Arbeitsinspektorat angeordnet worden, denn - das auch nochmal zur Klarstellung - die einzigen Grenzwerte, die es gibt, betreffen die ArbeitnehmerInnensicherheit und hier ist das Arbeitsinspektorat zuständig. Und dieser Grenzwert ist gesenkt worden. Das ist auch schon mehrfach gesagt worden. Von 100.000 Fasern pro Kubikmeter auf 10.000 Fasern pro Kubikmeter. Dieser Grenzwert gilt aber für die ArbeitnehmerInnensicherheit.

Was heißt das? Das gilt für Menschen, die fünf Tage die Woche, 40 Jahre ihres Berufslebens, acht Stunden am Tag, dieser Belastung ausgesetzt sind.

Und da heißt es auch nicht, wenn die 10.000 Partikel erreicht sind oder die 10.000 Fasern, dass dann der Steinbruch geschlossen wird oder dass etwas nichts mehr in Verkauf gebracht werden darf.

Nein. Es heißt, dass es erhöhte Sicherheitsmaßnahmen für die Bediensteten geben muss und das ist gut und richtig so.

Auf allen anderen Ebenen haben wir eine Gesetzeslücke in Österreich. Und ja, als Landesregierung sind wir an die Gesetze gebunden. Wir müssen hier entsprechend vorgehen.

Wir müssen auch bedenken, dass es natürlich auch Rechte für die Steinbruchbetreiber gibt und in diesem komplexen Umfeld tun wir das, was getan werden muss.

Wir haben Experten und Expertinnen, die Messungen machen. Gesteinsmessungen und Luftmessungen. Es kann nicht entweder oder sein. Es muss einerseits die Belastung in der Luft gemessen werden, weil das ist die einzige Belastung, die potentiell gesundheitsgefährdend sein kann.

Es muss natürlich auch die Herkunft dieser Fasern bestätigt werden, weil auch das fällt oft auf Social Media, wenn man sich die Debatte anhört. Es gibt noch immer viele Wellblechertendächer. Es gibt noch immer Altlasten, obwohl das schon längst verboten ist. Auch das kann natürlich zu einer Freisetzung von Fasern immer wieder kommen.

Das heißt, das braucht dieses Wechselspiel aus Gesteinsmessungen und Luftmessungen, um seriöse Ableitungen treffen zu können.

Die Maßnahme, die gesetzt wurde von der Landesregierung, bevor Greenpeace hier auf der Spielfläche erschienen ist, war die Schließung der Steinbrüche und dann die Taskforce.

Es wurde hier auch als Kritik angeführt, warum eine Hotline und FAQs erst nach Greenpeace gekommen sind.

Ja, um der Verunsicherung der Bevölkerung auch entgegenzukommen. Das ist ja wichtig, das dann aufzunehmen, zu relativieren, zu sagen, es ist eine Gesundheitsgefährdung, aber es ist eine chronische Gesundheitsgefährdung.

Es ist jetzt nicht akut Handlungsbedarf gegeben. Das haben mittlerweile auch die ersten Messungen, die Ende dieser Woche voraussichtlich veröffentlicht werden, auch mit einer ersten Einordnung, die haben das ergeben.

Und ja, da stehen wir GRÜNE dafür: Chronische Umweltbelastungen gibt es viele. Es gibt Mikroplastik. Es gibt PFAS in der Natur. Das gibt es im Wasser. Diesen chronischen Gesundheitsbelastungen sind wir alle ausgesetzt. Wir müssen damit umgehen können.

Hier haben wir eine geogene Quelle. Das heißt, niemand hat das absichtlich irgendwo zugeführt, absichtlich in den Vertrieb gebracht, und dafür fehlen uns gesetzliche Grundlagen.

Übrigens: Nicht nur in Österreich, sondern auch EU-weit ist geogenes Asbest von den Verkaufsbeschränkungen ausgesetzt.

Es gibt Länder, die sind uns da schon voraus. In den Niederlanden gibt es gerade eine Initiative, hier auch gesetzliche Rahmenbedingungen zu setzen. In Deutschland, da gibt es schon eine klare Einschränkung.

Hier ist tatsächlich die Bundesregierung gefordert, damit wir im Burgenland auch die nächsten Schritte setzen können.

Uns ist die Gesundheitsvorsorge wichtig. Das ist natürlich keine Einmalaktion. Wir können nicht nur einmal messen. Wir brauchen mehrere Messparameter. Wir müssen das einordnen können zu verschiedenen Wetterlagen, damit dann auch die richtigen Maßnahmen gesetzt werden können und die werden gesetzt, je nachdem was die Taskforce, wo die Experten und Expertinnen drinnen sitzen, auch empfehlen, und werden von der Landesregierung dann entsprechend umgesetzt.

Aber vorrangig ist, und da auch mein Appell an die ÖVP, an den zuständigen Minister heranzutreten, so, wie wir das auch tun.

Die gesetzliche Lücke, die in Österreich besteht für das Inverkehrbringen von Asbest, die fehlenden Grenzwerte, die einfach nicht vorhanden sind, diese Lücke gehört geschlossen und zwar klar, einheitlich und bundesweit. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Erneut zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Ganz kurz darf ich mich nochmals zu Wort melden.

Uns war wichtig, dass man feststellt, dass draußen eine Verunsicherung herrscht. Dass man vielleicht dem Ganzen nicht folgen kann, das kann ich vielleicht verstehen.

Uns ist auch wichtig, dass gewisse Dinge draußen eben nicht zusammenpassen.

Es wird erzählt, es besteht Gefahr. Dann wird erzählt, es besteht keine Gefahr. Diese politische Aufklärung. Ich habe aufgezählt Beispiele. Den Bescheid der BH. Beispiele von Betroffenen, die dabei waren laut Behörden bei den Verhandlungen, wie es denen gegangen ist.

Normale Beispiele, was die Privaten draußen betrifft.

Dann gibt es einen Aktionsplan von Greenpeace.

Noch einmal: Die Regierung sagt, keine Gefahr. Ist ja alles okay.

Aber wenn ich das schildere, kann man sagen, lauter Blödsinn, ist auch sehr bedenklich.

Handlungsbedarf ist gegeben und wir wollen auch wissen, wie die Zukunft aussieht.

Den Jetztstand wissen wir ungefähr. Und was wird in Zukunft sein für die Gemeinden, für die Privaten? Auch das habe ich kundgetan.

Ist schon beschämend, wenn die Abgeordneten rausgehen, draußen vom Leben erzählen, was die Unternehmer dazu sagen, was die Angestellten sagen, was die Betreiber sagen, dass man sagt, ist eigentlich alles nichts wert. Das finde ich sehr beschämend. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt ein Abänderungsantrag von SPÖ und GRÜNEN vor.

Ich lasse vorerst über den eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Der Abänderungsantrag ist somit mehrheitlich angenommen.

Die EntschlieÙung betreffend „Asbestfunde im Burgenland: Dringender Handlungsbedarf zum Schutz der Bevölkerung“ ist somit mit den beantragten Abänderungen mehrheitlich angenommen.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für 26. Februar 2026 vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren! Die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet im Anschluss in meinem Büro statt.

Ich erkläre damit die heutige Sitzung für g e s c h l o s s e n .

Schluss der Sitzung: 14 Uhr 00 Minuten